

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werftthätigen Bevölkerung.

140. Jahrgang Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Gründungsnummer Nr. 926

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50, monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 140

Wittwoch, den 20. Juni 1906

13. Jahrg!

Stimmen eine Collage.

Die Herren und die Volksschule.

Das neue preussische Volksschulgesetz naht sich der Vollendung.

Wer entscheidet endgültig, ob dieses Gesetz, das die geistigen Erfordernisse der breiten Volksmasse einschneidend berührt, zur Durchführung gelangen oder fallen soll? Etwas das Volk selbst? Es ist in keinem Stadium der Beratung um seine Meinung gefragt worden. Es hat diese Meinung zwar ausgesprochen, in tausend empörten Versammlungen hat es das Gesetz verworfen. Aber seine Stimme zählt nicht! So mag denn die letzte Entscheidung vielleicht bei den Gelehrten des Staates, bei den Theoretikern der pädagogischen Wissenschaft stehen? Sie haben in einem mit vielen hundert Unterschriften bedachten Antrags gegen das Gesetz ausgesprochen — aber auch ihre Stimme gilt nichts! So mögen es wohl die praktischen Fachleute der Schule sein, die Volksschullehrer, auf deren Urteil das größte Gewicht gelegt wird? Nein, auch die Volksschullehrer haben schon gesprochen, und man weiß jetzt, daß es unter zehn preussischen Lehrern nicht einen gibt, der von der drohenden Zwangskonfessionalisierung etwas Gutes für die Schule erwartet. Aber was gilt in Preußen ein Volksschullehrer? Soviel, daß ihrer Zehntausend noch lange nicht einen Ministeren im Kultusministerium aufwiegen.

Die letzte Entscheidung steht nicht beim Volke, nicht bei den Männern der Wissenschaft, nicht bei den Erfahrenen der Praxis, sondern bei einer Versammlung mächtiger, pommerischer, preussischer, schlesischer Vieh- und Getreideproduzenten, behäbigen Leuten mit dicken goldenen Uhrentetten und hohen Köpfen. Die Vertreter des besitzenden Großgrundbesitzes, die Gesetzgeber vom preussischen Herrenhaus sind es, die in letzter Linie dazu berufen sind, zu entscheiden, ob der preussische Schulentwurf Gesetz werden soll oder nicht. Das Volk, die Pädagogen der Theorie und der Praxis sagen, das Gesetz ist schlecht, aber das preussische Herrenhaus, das weder an der Volksschule interessiert ist, noch von ihr etwas versteht, sagt, das Gesetz ist gut, und dabei muß es dann sein Verweiden haben!

Das englische Oberhaus, das wirklich auf historischem Rechtsboden ruht, nicht wie das preussische die Erfindung einer konterrevolutionären Clause ist, und das immerhin eine ganz fröhliche Summe finanzieller Intelligenz repräsentiert, hat jüngst gebührend, einen englischen Schulgesetzentwurf zu Fall zu bringen, der dem Arbeitswillen des Volkes entspricht, und der in konfessioneller Beziehung das direkte Gegenteil jenes preussischen Zeitgesetzes ist. Aber diese Drohung wurde aus dem Volke heraus damit beantwortet, daß die Agitation zur Beseitigung des Oberhauses gewaltige Fortschritte machte, und sogar die Möglichkeit erörtert wurde, die englische Regierung selbst könnte sich eines Tages an die Spitze einer Bewegung stellen, deren Ziel die Abschaffung der Parliamentskammer ist. In Preußen aber vereinigt sich eine herrschende Minorität, eine reaktionäre Regierung, ein ebenfalls vom Volk nicht anerkanntes Dreiklassenparlament und eine agrarische Ständerversammlung zum Widerstand gegen den Willen des Volkes, die Forderungen der Wissenschaft, die Wünsche der Praktiker! Und da sagt man, daß es die Sozialdemokratie sei, die sich bemühe, in Preußen-Deutschland revolutionäre Situationen herbeizuführen, während es doch in Wahrheit die herrschenden Mächte sind, die den Volkssturm täglich heraufzuredern! Sie treten die Rechte der Eltern mit Füßen, sie spotten der Wissenschaft, verachten die fachmännische Erfahrung und pfeifen auch auf die Verfassung.

Der polnische Herr v. Rozcielski hat zu Beginn der Herrenhausberatung am Freitag den juristischen Nachweis geliefert, daß das Herrenhaus im gegenwärtigen Stadium der Beratung noch gar nicht berechtigt sei, in die Beratung des Gesetzes einzutreten. Aber für seinen Antrag, das Gesetz vorläufig von der Tagesordnung abzusetzen, erhoben sich nur zwei seiner nächsten Freunde zur Unterstützung. Wäre es nach Herrn v. Rozcielski und seiner strengen Auslegung der verfassungsmäßigen Bestimmungen gegangen, so hätte das Herrenhaus bis weit in den Sommer hinein tanzen müssen. Die Wadereise der preussischen Herren wurde also als über der preussischen Verfassung stehend proklamiert.

Und dann war es noch ein anderer Grund, der die Herren zur Eile antrieb, Herr von Rantkeffell sprach ihn offen aus; es liegt Gefahr im Verzuge, die fast reife Frucht des Gesetzes könnte den Händen der Gesetzgeber am Ende von einer energischen Volksbewegung entzogen werden, wenn man nicht eiligst zugreift. Herr v. Rantkeffell und seine Freunde lieben aber dieses Gesetz, denn es ist, wie der Redner der im Herrenhaus herrschenden Richtung erklärte, ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie. Und dennoch fordert diese Richtung „gründliche Beratung“, will sie sich etwas Zeit lassen, behält sie sich sogar das Recht vor,

den Entwurf verändert an das Abgeordnetenhaus zurückgehen zu lassen? Auch diesen Zwischenfall der Natur hat Herr v. Rantkeffell hinreichend erklärt, indem er gelegentlich die Bemerkung einfließen ließ, daß einige seiner Standesgenossen durch erhöhte Pflichten der Schulunterhaltung materielle Einbußen erleiden würden. Das Organ des Herrenhauses, die „Kreuzzeitung“, hat jüngst erklärt, es sei die Pflicht einer wohlwollenden Obrigkeit, „die Seelen der Kinder dem Reiche Gottes zuzuführen“. Das gefällt den Standesgenossen Rantkeffells, denn Kinder, deren Seelen dem Reiche Gottes zugeführt werden sollen, geben bis dahin billige Pferdebesuche und willige Kuhmädche ab. Daß aber ihre Einführung in das Reich Gottes sie, die Herren, ihre runden Laster kosten soll, das stimmt sie aber doch ein wenig bedenklich. Es entsteht also die Frage, wer die Kinderbilletts zum Eintritt in das Reich Gottes denn bezahlen soll.

Merkwürdig! Die in materialistischer Genussucht verwohnten Massen des Volkes haben sich bei der Beratung des preussischen Schulgesetzentwurfs nur für das rein ideale Grundproblem des religiösen oder religionslosen Unterrichts interessiert. In der erhabenen Sphäre der Edelsten und Besten aber wird die Frage der Volkserziehung zu einer Selbstangelegenheit der Junkerkaste!

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es der Regierung gelingen wird, die Geldbeutelkammer der Junker zu beruhigen — die Schultragödie wird dann sehr bald zu Ende sein. Ein trauriges Stück — ein kläglicher, beschämender Ausgang!

Politische Mundstücken.

Deutschland.

Ueber die Meutereien in Deutsch-Südwestafrika, die der „Vorwärts“ bekanntlich aufgedeckt hatte, schweigen sich „Reichsanzeiger“ und „Nordb. Allg. Stg.“, die Sprachrohr der Regierung, tot. Dafür aber findet sich ein anderes, manchmal offiziös bedientes Blatt, die „Neue milit. Korr.“, das angeblich auf Grund zuverlässiger Informationen mitteilt:

„Gänzlich falsch ist die Meldung, es sei ein Offizier erschossen worden. An der Meldung über Ausschreitungen einem Wachtmeister gegenüber ist so viel richtig, daß auf einer Etappenstation im Windhuker Distrikt neu hinzugekommene Reiter bei einem Tringelage und unter dem Einfluß übermäßigen Alkoholgenußes einen Portepreunteroffizier bedroht und ihn gezwungen haben, mit ihnen ein Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen. Die Beteiligten — junge, unerfahrene Leute — sind vor ein Kriegsgericht gestellt und zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Der Fall steht aber ganz vereinzelt da. Im übrigen kann die Truppe mit Stolz gerade auf das ausgezeichnete, vom Offizier der Kameradschaft getragene Verhältnis zwischen den Offizieren und den Unteroffizieren und Mannschaften hinweisen.“

Verlegen wir diese Angaben nach dem „Vorwärts“ ein wenig: ad 1. Erziehung eines Offiziers; die Meldung hierüber soll falsch sein. So lange das von einer nicht verantwortlichen Stelle aus erklärt wird, können wir darauf verzichten, solche einfache, kostenlose „Widerlegung“ gebührend zu beantworten. Die Regierung wird wissen, warum sie eine solche ableugnende Erklärung nicht durch ihre anerkannten Organe wie „Reichsanzeiger“ oder „Nordb. Allg. Stg.“ abgeben läßt. . . . ad 2. Verprügelung eines Wachtmeisters; das wird nicht gelugnet, sogar noch weit mehr zugegeben. Die von der „Neuen milit. Korr.“ nämlich zur Abwehr jetzt veröffentlichte Affäre ist gar nicht die, um welche es sich in dem von uns gebrachten Bericht handelt! Wir haben es also mit einem weiteren, bisher nicht gekanntem Fall von Meuterei zu tun! Durch diese Mitteilung hat sich die genannte Korrespondenz also immerhin einigermassen verdient erworben, das wir willig anerkennen. Aber von dem Fall, den wir meinen, hat sie danach keine blasse Ahnung. Das was sie sich gesagt sein lassen. Was nun diesen von der offiziellen Korrespondenz mitgeteilten Fall betrifft, so müssen wir offen gestehen, daß, wenn er an uns direkt gemeldet wäre, wir ihn nicht für möglich gehalten hätten, es sei denn, wir hätten zugleich absolut vollständige Beweise dafür bekommen. Also: ein Portepreunteroffizier läßt sich von „jungen, unerfahrenen“ Leuten, die noch dazu bezehrt sind, zwingen, ein Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen! Wir fragen: wie hoch schätzt das offiziöse Organ den Mut derjenigen Portepreunteroffiziere ein, aus deren Reihe dieser Mustermensch stammt, der sich von jungen und bezehnten Leuten zwingen läßt, auf die Sozialdemokratie ein Hoch auszubringen! — Mit der Verwirrung unserer Mitteilungen durch die „Neue milit. Korr.“ war es also auch nichts: wir warten weiter auf offizielle Erklärungen durch den „Reichsanzeiger“ oder die „Nordb. Allg. Stg.“

Vom Kolonialschwindel. Dieser Tage erwähnten wir den Ausgang des Prozesses des Herrn Bohnen-Essen, Vorsitzender der „Südwestafrika-Siedelungs-Gesellschaft“ gegen den Vorsitzenden der Gruppe: Rönningen der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herrn Gerstenhauer. Der Prozeß ist an einem Berliner Schöffengericht verhandelt worden und hat bis jetzt nicht die Beachtung gefunden, die ihm gebührt. Freilich hat auch wenigstens die Presse des Herrn Bohnen-Essen, der der unterlegene Teil ist, die Sache höchst geschickt verurteilt. Wir halten es daher für angebracht, die Ursache des Prozesses näher zu untersuchen. Zu einer Besprechung an die „Deutsche Tageszeitung“ erhob Herr Gerstenhauer heftige Angriffe gegen die kapitalistische Ausbeutung, die die „Südwestafrika-Siedelungs-Gesellschaft“ betreibt. Er warf der mit Staatsmitteln glänzend unterstützten Gesellschaft vor, daß sie die Besiedelung der Kolonie erschwere, statt sie zu erleichtern, und aus dem Verkauf der ihr geschenkten Ländereien ungeheure Gewinne herauswirtschaftete. Nach der eigenen Bilanz des Hauptmachers der Gesellschaft, Herrn Bohnen-Essen habe seine Gesellschaft bei einem Aktienkapital von 163 000 Mark bis 1903 einen Gewinn von 517 000 Mk. erzielt. Herr Gerstenhauer schreibt:

„Wir müssen gegenüber den Sonderinteressen gewisser Unternehmer, die auf Staatskosten Profit suchen, das Staatsinteresse, die Interessen der Gesamtheit vertreten. Das ist eine Forderung, von der die ganze Existenz der deutschen Kolonien abhängt. Denn wenn wir ihr nicht gerecht werden, so werden allmählich die Steuerzahler und ihre Vertreter im Reichstage der unaufhörlichen zwecklosen Ausgaben müde werden, und damit wären die deutschen Kolonien überhaupt verloren. Diese Kolonialmüdigkeit ist jetzt schon da, schon jetzt ist durch die Konzeptionspolitik, durch die Politik gewisser Gruppen von kolonialen Unternehmern, die es liebsten, mit Reichszuschüssen und auf Reichskosten zu operieren, unsere Kolonialpolitik in Mißkredit geraten. Am 20. Oktober 1902 schrieb uns ein hochangesehener Anseher, der bekannte C. Hermann-Nomias über die „Kolonialschmarozler, Konzeptionsjäger und Landpekulanten“: „So fließt der ganze Kolonialetat in die Taschen weniger „Wissenden“, und die Kolonie bleibt arm und wimmelt von ruinierten Existenzen.“

Herr Gerstenhauer, der für Kolonien ist, glaubt höchst irrtümlicherweise die Kolonialmüdigkeit dadurch zu bekämpfen, indem er den kolonialen Kapitalismus bekämpft. Vergebliches Bemühen! Die Kolonialpolitik ist eine Tellererscheinung der kapitalistischen Wirtschaft und man kann mit ihr keinen Hund mehr vom Ofen loden, wenn mit ihr keine Geschäfte mehr zu machen sind. Unsere Kolonialpatrioten pfeifen in dem Augenblicke auf die ganzen Kolonien, wenn sie sich dabei nicht bereichern können. Doch das nur nebenbei. Uns interessiert hier die Tatsache, daß der Eingeweihte, Herr Gerstenhauer, dem Oberwacher der Südwestafrika-Siedelungs-Gesellschaft blaut vor den Kopf saate, daß die Kolonialinteressen auf Staatskosten Profit suchen und der Kolonialetat in die Taschen weniger Wissenden fließt! Dieser Vorwurf konnte Herr Bohnen nicht stillschweigen einreden, er mußte klagen. Und er hat geklagt und ist mit seiner Klage abgewiesen worden. Also wird es wohl bei den Behauptungen des Herrn Gerstenhauer verbleiben. Unsere Leser erfahren ja dadurch nichts Neues, aber andere Leute, die das bisher nicht glauben wollten, werden nun vielleicht etwas weniger pessimistisch gegenüber den „sozialdemokratischen Anschuldigungen“ sich verhalten.

Der südwestafrikanischen Sandwüste sind wiederum 1 Toter und 1 Verwundeter zum Opfer gefallen.

England.

Vor einem neuen Kampf? Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten über Arbeiterausfälle und Bauernunruhen. In Kronstadt hat die Gärung die Matrosen, Festungstruppen und Arbeiter ergriffen. Im Kaukasus ist es bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

Osterreich-Ungarn.

„Gesetzgeber“! Was für Elemente das ungarische Parlament beherbergt, beweist folgender Bericht: Bis her hat man nicht weniger als 172 Reichstags-Abgeordnete die Diäten gepfändet. Unter ihnen befinden sich 23 Abgeordnete, bei denen die Pfändung wegen „Wahlschulden“ erfolgte, während die übrigen 149 die Pfändungsprozedur wegen alter Schulden über sich ergehen lassen mußten. Und zwar sind 26 wegen Nichtzahlung von Alimenten an verlassene Ehefrau, legitime und illegitime Kinder, 20 wegen Spielschulden und 62 Landbesitzer alter Wertschulden halber, deren Herkunft nicht näher angegeben ist, verpfändet! — Diese netten Gesetzgeber bilden die Hauptstütze der „nationalen Demokratie“ Ungarns.

Eine imposante Wahlrechtsdemonstration fand Sonntagvormittag in Wien statt. Sieben Parteigenossen

referierten. Die Demonstration verlief musterartig. Eine Resolution fand Annahme, in der erklärt wird, daß eine Verschleppung der Wahlreform mit einem dreitägigen Massenaustritt in Wien beantwortet werden solle. Die Wiener Arbeiter wissen, was sie wollen.

Schweiz.

Die antimilitaristische Propaganda liegt auch der schweizerischen Regierung böß im Magen. Der Bundesrat legte der Bundesversammlung einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Aufrechterhaltung von Militärpflichtigen zu Dienstpflichtverletzungen mit Gefängnis bestraft werden solle. Auch in der 'freien' Schweiz eignet man sich immer mehr realistische Manieren an.

Frankreich.

Der 1. Mai — gesetzlicher Feiertag. Nach dem Beispiel des Pariser hat nun auch der sozialistische Gemeinderat von Toulouse eine Resolution gefaßt, daß der 1. Mai als Feiertag erklärt werde. Zugleich hat er die Abgeordneten des Departements Bar aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf in der Kammer einzubringen.

Das Grubenunglück in Courrières bildete gestern den Beratungsgegenstand der französischen Kammer. Genosse Basly interpellierte über die Ursachen des Unglücks und unterzog das Verhalten der Bergwerksgesellschaft einer scharfen Kritik. Zum Schluß richtete der Interpellant an die Regierung die Anfrage, ob sie gegen die Gesellschaft vorgehen würde, falls sich deren Schuld herausstellen sollte. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von unseren Genossen die Verwerfung von Militär bei Arbeiterausständen scharf gerügt. Minister Clemenceau verteidigte die Haltung der Regierung und schmähte die Führer der Sozialisten. Auf die Anfrage Basly's antwortete der Herr Minister nicht. Jedenfalls befürchtete er, es mit den Grubenbaronen zu verderben.

Im neuen Dreifachprozeß vor dem Pariser Kassationshof stellte der Verteidiger den Antrag, das Gericht möge Dreifach für schuldlos erklären.

Der Herr Realschuldirektor als Vererbungstheoretiker.

II.

r. w. Vergewärtigen wir uns einmal genau, was Schwarz sagt: Die Anschauung, daß alle Menschen gleich geboren, soll durch das Studium der Vererbungstheorie erschüttert sein. Wenn das so gemeint sein sollte, daß die in den einzelnen Menschen liegenden Begabungen, die Fähigkeiten, kurz seine Anlagen und Dispositionen, stets verschieden von denen bei anderen Menschen seien, so ist das richtig. Ungleich in diesem Sinne sind die Menschen stets, sind sie stets gewesen, in allen Ständen, in allen Schichten und Kreisen. Aber um das festzustellen, bedarf es keines Studiums der Vererbungstheorie, das bestärkt jeder Blick ins Leben. Das meint offenbar Sebald Schwarz aber auch nicht, denn er setzt ja im gleichen Augenblick hinzu, daß nicht zu verkennen sei, daß sich im Laufe der Generationen durch geistige Arbeit das Gehirn verfeinere und daß in den sozial höher stehenden Kreisen die Kinder einen größeren Wort- und Begriffsschatz erzielten, daß der geistige Schwung, der hier den Kindern mitgegeben werde, im allgemeinen ein bedeutenderer sei. Man brachte bitte auch, daß dieses angeführt wird, zu Gunsten einer Trennung der Schulen.

Gemeint ist, daß die Kinder der sozial höher stehenden Kreise auch höher qualifiziert seien und daß darum für diese die Volksschulen nichts taugten. Das ist also eine Bestätigung dessen, was unsere Genossen schon aus den Debatten in der Bürgerschaft herausgehört hatten: daß die große Masse des Volkes so tief stehe, daß besondere Schulen für sie notwendig seien. In der Bürgerschaft hatte man die Verächtlichmachung, dies aus den Worten der Redner entnehmen zu können, bestritten, hier tritt diese Anschauung nun nun wieder entgegen, unverhüllt und nach entgegen, von dem Direktor einer Realschule. Und seine Ausführungen haben auch die Stimmung und Anschauung der Mehrzahl der ihm anschließenden wiedergegeben, wie die Zusammenfassung des Ergebnisses der Versammlung in den Schlussfäßen der Lübeckischen Blätter zeigen. Ist diese Anschauung nun richtig, trifft sie zu, entspricht die den Tatsachen, so läßt das so überaus traurige Schlussfolgerungen zu, daß man fast für die Zukunft der breiten Masse der Bevölkerung verzweifeln möchte und jeder zu bedauern wäre der in Arbeiterkreisen geboren ist.

Dr. Schwarz meint, das Studium der Vererbungstheorie erschüttere die Anschauung, daß alle Menschen gleich geboren seien; im Laufe der Generationen verfeinere sich das Gehirn bei geistiger Arbeit. Das in seinen Konsequenzen ausgedacht, heißt nichts mehr und nichts weniger, als daß die Menschheit in einer Zweiteilung begriffen sei, daß ein Herrschergeschlecht sich entwickle, zum Herrschen und Regieren berufen.

Dr. Schwarz beruft sich auf die Vererbungstheorie. Davon abgesehen, daß es eine einseitig anerkannte Vererbungstheorie nicht gibt, daß fast jeder Naturforscher in seinen Anschauungen in Einzelheiten von dem andern abweicht, meint er offenbar die Darwinsche Vererbungstheorie. Ganz klar sei sie hier geschildert.

Aus dem Umstande, daß jedes Lebewesen die Neigung hat, sich im starken Verhältnis zu vermehren, folgt ein Kampf ums Dasein. Wenn mehr Individuen erzeugt werden, als fortbestehen können, sei es Mangel an Platz, oder an Nahrung, oder aus irgend einem anderen Grunde, muß dieser Kampf um das Dasein eintreten und zwar entweder zwischen den Individuen einer Art, oder zwischen den verschiedenen Arten, oder zwischen ihnen und den äußeren Lebensbedingungen. In diesem Kampf ums Dasein wird der Sieger sein, der sich am besten den Daseinsbedingungen anzupassen versteht. Diese Anpassung wird er auf seine Nachkommen übertragen und auch bei diesen wird der am meisten Anpaßung habende am Leben zu bleiben und Nachkommen zu erzeugen, der sich schlechtestens wieder am besten den Lebensbedingungen anpaßt. Darwin meint auch, daß die während des Lebens erworbenen Eigenschaften durch die Fortpflanzung teilweise auf die Nachkommen übergehen, indem jedes Organ

eines Lebewesens seinen Teil zur Bildung der Zellen, aus denen ein neues Lebewesen hervorgeht, beibringt und somit auch die erworbenen Eigenschaften nicht ohne Einfluß auf die Nachkommen bleiben und dadurch sich im Laufe der Jahre und Generationen eine immer bessere Anpassung an die Verhältnisse einstelle. Das Vollkommene und den Verhältnissen besser angepaßte behauptet schließlich das Feld und alle Unzulängliche und alle Zwischenstufen werden im Kampf ums Dasein vertilgt. Mit dieser Anschauung von der Vererbung erworbenen Eigenschaften hat man zu erklären versucht, wie sich unsere heutigen Menschenrassen aus einer gemäßigten Urforn allmählich abgezweigt haben können und ist sie richtig, muß auch noch heute die Bildung neuer und namentlich höherer Rassen fort und fort möglich sein.

In den Worten Schwarz liegt nun die Meinung, daß wir heute in den Anfängen einer solchen Abzweigung stehen, daß durch die generationsweise betriebene Beschäftigung mit geistiger Arbeit in den sozial höher stehenden Kreisen oder Schichten das Gehirn verfeinert werde. Das ist wenigstens die Folgerung, die aus seinen Worten entnommen werden muß, ist die Konsequenz, die zwar vielleicht seinen Zuhörern und Zustimmungern nicht völlig klar gewesen ist, sondern in ihnen, ihnen vielleicht ganz unbewußt, verwandte Anschauungen zum Wirklichen gebracht hat. Eine solche Anschauung erscheint oberflächlich betrachtet auch garnicht unbegründet. Oberflächlich betrachtet, wohlgemut.

Wenn man sieht, wie verheerend der Kapitalismus dort gewütet hat, wo er sich ungehindert hat entfalten können, wie durch die unumstößliche, in ihren Wirkungen ungehemmte Ausdehnung der Arbeitszeit in England zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Arbeiterklasse in geistiger, körperlicher und moralischer Beziehung völlig entartet wurde, wenn eine solche Wirkung in ein, zwei Generationen unter der bleiernen Schwere und dem Joch der Arbeit möglich war, daß der englische Staatsmann Sir Robert Peel sagte, die große Leistung britischer Scharfsinn, vermöge derer die Maschinen der Fabrik zu solcher Vollkommenheit gelangten, sei statt zu einem Segen für die Nation, zu ihrem bittersten Fluche geworden, wenn wir sehen, daß es nicht mehr Menschen waren, die dort beschäftigt waren, sondern menschenähnliche Arbeitstiere, dann muß man annehmen, daß unter ähnlichen Umständen, die die Entwidlung und Entfaltung aller im Menschen liegenden Kräfte gestatten, auch ein solcher Aufschwung mit verfeinertem Gehirn möglich sei. Aber eine solche Auffassung kann nur oberflächlich betrachtet, richtig erscheinen. Die verheerende und ernste Sorge für die Zukunft des Menschengeschlechts hervorgerufenen Wirkung des ungehinderten Kapitalismus hat keine dauernde Wirkung auf die Menschheit hinterlassen. Das Mittel der Arbeitszeitverlängerung war es, daß die dauernde Degeneration der Arbeiterbevölkerung verhindert und aufgehoben hat und nichts zeigt sich mehr der vollen Entfaltung der Menschen förderlicher, als ein Schutz der wirtschaftlich Schwachen, unter dem sie sich frei entfalten und alles entwickeln können, was die Natur in sie hineingelegt hat. Dieser Schutz hat verhindert, daß eine dauernde Verflüchtigung der Arbeiterschaft eingetreten. Im Laufe von 25 Jahren war unter der Wirkung einer Arbeiterschutzeschgebung die Arbeiterschaft wieder geistig und körperlich frisch geworden.

Selten oder nie sieht man einwärtsstehende Kniee oder Plattfuß, hin und wieder nur eine leichte Krümmung des Rückens, die mehr aus Arbeit als aus arbeitsloser Nachruhe als aus Arbeit vornehmlich herrührt. Das 'Fabriklein' ist nicht mehr unter uns, es sei denn, daß ein alter Mann oder eine alte Frau hinkt, um uns an eine fürchterliche Vergangenheit zu erinnern. heißt es in einem 1859 gehaltenen Vortrag über die physischen Folgen vermindelter Arbeit, zitiert bei Fr. Ab. Lange: Die Arbeiterfrage.

Also die Nachkommen der geistig und körperlich Degenerierten waren im Laufe einer kurzen Zeitspanne doch wieder auf das höhere Niveau hinaufgeklimmt. Das ist im Vorstehenden zwar zur Bezüglich des körperlichen Zustandes gesagt, aber daß es auch bezüglich der geistigen und moralischen Eigenschaften zutrifft, ist eine unbestreitbare Tatsache, die wir hier des Raumes wegen nicht erst noch durch weitere Fakta belegen wollen.

Nun wird hier in Lübeck unter der Zustimmung des Bürgermeisters der Standpunkt vertreten, daß doch eine Entwidlung bestände, die zur Differenzierung führe, zur Differenzierung in geistiger Beziehung. Man hält sie schon fast so weitgehend erfolgt, daß in den Schulen darauf Rücksicht zu nehmen ist; es soll sich nicht mehr empfehlen, die Kinder geistig arbeitender Menschen in die Volksschulen zu senden. Wir wollen es dem Verkünder dieser Meinung schenken, zu unterzuchen, ob denn die die höheren Schulen besuchenden Kinder wirklich alle von geistig arbeitenden Menschen abstammen; es ist ja nur seine Vererbungstheorie, die uns hier beherrscht. Die so offen und unumwunden ausgesprochene Anschauung von der geistigen Minderwertigkeit der Arbeiterschaft läßt manches verständlich erscheinen in dem Tun und Treiben, das wir in den letzten Jahren in den Lübeckischen Kreisen übersehen haben, läßt uns den Schlüssel zu ihrem Verhalten finden. Kein Wunder, daß man den Standpunkt vertritt, daß den sozial höher stehenden ein größerer Einfluß auf die Gesetzgebung gebühre, wenn man meint, daß die arbeitenden Teile der Bevölkerung geistig minderwertig seien, nicht den geistigen Schwung und Elan wie jene besitzen. Wenn man die Wahlstimmen wägen und nicht zählen will, wenn man das allgemeine gleiche Wahlrecht als Phrase bezeichnet, wie es von Herrn Direktor Stiller unter dem Beifall der Bürgerschaft geschehen ist, so ist das nur ein anderer Ausdruck derselben Meinung, die der Herr Realschuldirektor in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit vertreten hat.

Aber betrachten wir uns einmal im nächsten Artikel seine Beweisführung etwas näher, sehen wir, ob er nicht doch recht hat, ob eine Rassenbildung möglich ist.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 18. Juni 1906.

Der erste Stellvertreter des Vorsitzers, J. J. J. J., eröffnet die Sitzung um 6^{1/2} Uhr mit der Mitteilung, daß künftig die Auslegung der Drucksachen bereits am Freitag geschehen soll. Auch am Sonntag vormittag sollen die Drucksachen ausliegen.

Der zuerst zur Beratung gelangende Senatsantrag betrifft den Erwerb der Grundstücke Untertrave 54, Große Kiefau 8, Bude 1 und 2 und Große Kiefau 10 für Zwecke der Zollverwaltung.

Dr. Wittern stellt den Antrag, die Anliegen der Unterrave, die durch die Verlegung des Fahrdammes geschädigt werden, aus öffentlichen Mitteln schadlos zu halten.

Der Vorsitzende will diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung legen.

Der Senatsantrag, der darauf zur Beratung kommt, verlangt, daß der Verwaltungsbekanntmachung für städtische Gemeindefestlichkeiten die Genehmigung erteilt werde, eine Schweinemast und Schweinezucht in der hiesigen Quarantäneanstalt für Schweine einzurichten und zur Deckung der durch die erste Einrichtung entstehenden Kosten den Betrag von M. 10 000 aus Kap. XIV ihres Haushalts für das Verwaltungsjahr 1906 zu entnehmen.

Fußt bittet um Annahme des Senatsantrages, und dadurch eine teure Quarantänestation nutzbar zu machen. Dafür spricht auch, daß große Quantitäten Milch, die von den dort stehenden Kühen gewonnen werden, zu Futterzwecken benutzt werden können, während man sie jetzt weggeworfen muß. Uebrigens sind die Einrichtungen der Quarantänestationen so musterhaft, daß an das Ausbrechen von Seuchen nicht leicht zu denken ist. Das Schwein verdient eigentlich seinen Namen nicht, denn es ist ein sehr reinliches Tier, wenn ihm nur Gelegenheit zur Reinlichkeit geboten wird. (Heiterkeit.) Gerade jetzt, wo der Preis für Ochsen, Rinder und Kälber so exorbitant hoch ist und auch, trotz aller Zeitungsschreibereien gegen das Schlachtereigewerbe, die Schweinepreise ständig steigen, erscheint das vorliegende Projekt sehr glücklich und möchte ich Sie nochmals bitten, die Senatsvorlage anzunehmen. Sollte sich die Schweinemast nicht bewähren, so würde uns noch immer Gelegenheit geboten sein, dieselbe wieder zu befechtigen. (Bravo!)

Peter S. tritt aus sanitären Gründen dem Senatsantrag entgegen, und hält die Schweinemast, wie sie beabsichtigt wird, für nicht rentabel. Redner bittet um Verweisung der Senatsvorlage an eine Kommission.

Senator Dr. Fehling: Die Sachverständigen sind im Gegensatz zum Vorredner der Ansicht, daß sanitäre oder andere Bedenken nicht vorliegen. Seuchen, die auf Menschen übertragen werden können, kommen beim Schwein nicht vor. Wir müssen jede Gelegenheit benutzen, um Geld zu verdienen. Das ist den Steuerzahlern gegenüber unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Senator Dr. Fehling hält das Projekt für ganz ungefährlich. Den Anwohnern wäre es jedenfalls unangenehm, wenn der Dünge abgefahren würde.

Th. Schwarz bittet um Annahme der Senatsvorlage. In Betracht dessen, daß die Umgebungen Lübeck den höchsten Bedarf an Fleisch nicht decken kann, ist es mit Aufgabe des Staates für den Unterhalt seiner Angehörigen zu sorgen. Ich kann auch nicht einsehen, daß dadurch ein Eingriff in das Privatgewerbeleben geschieht. Sanitäre Bedenken habe ich nicht, da doch die Anstalt eine Musteranstalt werden muß.

Thiele: Nach meiner Ueberzeugung ist der Staat nicht dazu da, den Privatleuten Konkurrenz zu machen. Im Gegensatz zu Herrn Fuß haben mir viele Schlachtereigewerbetreibende erklärt, daß sie gegen das Projekt sind. Die Schweinemast wird jedenfalls auch nicht rentabel sein. Aus diesen Gründen bitte ich, den Senatsantrag abzulehnen.

Schorer: Mir gefällt die Art und Weise nicht, wie mit den Excrementen verfahren wird, die nach ihrer Desinfizierung in den Fluß gebracht werden sollen. Hier muß eine Veränderung eintreten. Sollten sich Mischstände für die Anwohner herausstellen, so dürfte dagegen Anzeig oder Mitteilung an die Presse am besten helfen.

Pape: Wir haben eben das seltsame Schauspiel gehabt, daß Sozialdemokraten und Sozialaristokraten an demselben Stränge ziehen. Allerdings dürften die Gründe des Herrn Schwarz andere sein, als die des Senates. Jedenfalls will Herr Schwarz nicht, daß der Staat aus der Schweinemast den Nutzen zieht, sondern die Konsumenten. Es ist fraglich, ob der sachverständige Schlachthausdirektor auch Schweinezüchter ist. Sonderbar ist es auch, daß sich die Landwirtschaftskammer für den Senatsantrag erklärt hat; vielleicht hat sie sich dankbar erweisen wollen. Ich bin gegen die Senatsvorlage.

Senator Dr. Fehling tritt Pape entgegen und meint, daß es kein Fehler sei, wenn man von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu demselben Ergebnis komme.

Dahms: Ich bin für den Senatsantrag und will nur Herrn Fuß gegenüber bemerken, daß die Presse die Aufgaben hat, auf öffentliche Mischstände hinzuweisen.

Dobbertin polemisiert gegen Schwarz, indem er ihm Worte in den Mund legt, die letzterer nicht gebraucht hat; er tritt dann, nachdem er die Schweinepreise mit den Rotspreisen verglichen hat, für die Senatsvorlage ein.

Nach einer weiteren Bemerkung von Th. Schwarz gegen Dobbertin wird die Senatsvorlage angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft eine Aenderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Derselbe geht dahin, daß 1. der § 1 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, zum Handelsgesetzbuch und zur Wechselordnung vom 30. Oktober 1899 als letzten Absatz folgender Zusatz erhält: 'Die Bestimmungen des ersten, zweiten und vierten Absatzes finden auf die Aenderung von Vornamen entsprechende Anwendung; und 2. daß die Absätze 1, 2 und 3 des § 139 des Ausführungsgesetzes aufgehoben und durch folgende Vorschriften ersetzt werden: Die Zwangsverziehung endet mit der Minderjährigkeit. Das Vormundschaftsgericht hat die Zwangsverziehung früher aufzuheben, wenn ihr Zweck erreicht oder anderweit gesichert ist. Die ersten beiden Absätze des § 135 finden entsprechende Anwendung.

Pastor Evers hält es für gut, daß nach der Vorlage die Vornamen geändert werden können; er wünscht jedoch, daß nicht so häufig davon Gebrauch gemacht wird. Würde die Bevölkerung mit den einschlägigen Gesetzesbestimmungen vertraut sein, nach welcher die Anmeldung sämtlicher Vornamen erst innerhalb zwei Monate geschehen muß, so kämen die Anträge auf Namensänderung weniger vor.

Wissell hält die Vorlage für einen Ausfluß der Gesetzgebung. Die Vorlage ist übrigens sehr dürftig begründet. Im Jahre 1901 war die Zwangsverziehung über das 16. Lebensjahr hinaus nicht notwendig, jetzt soll die Frist bis auf die Minderjährigkeit ausgedehnt werden. Sind denn in den letzten Jahren so häufig Fälle vorgekommen, in denen über das 16. Lebensjahr hinaus auf Zwangsverziehung erkannt werden mußte? Ist das der Fall, so hätten dieselben mitgeteilt werden sollen, ebenso die Ursachen, die zur Verhängung der Zwangsverziehung geführt haben. Es muß weiter eingehend darüber berichtet werden, ob und in wie vielen Fällen erhebliche Belastung der Kinder usw. vorliegt. Jedenfalls ist es sehr notwendig, eine Verbesserung der wirtschaftlichen

Rage der Eltern vorzunehmen, wenn dieselbe mit dem Grund zur Verhängung der Zwangsziehung bildet. Jedenfalls ist zur Begründung der Vorlage ein genaueres und umfangreicheres Material nötig.

Dr. Leberkühn als Vorsitzender der Abteilung des Reichsgerichts, die über die Zwangsziehung zu entscheiden hat, führt zunächst die gesetzlichen Bestimmungen an, laut welchen die Zwangsziehung beschloffen werden kann. Die Zwangsziehung soll keine Strafe sein, sondern sie soll im Interesse des Zwangsgezogenen liegen und seine Besserung herbeiführen. Die Wendeung der gesetzlichen Bestimmungen sei deshalb gewünscht, um Mädchen in jugendlichem Alter, die zur Unzucht neigen, hier vor zu bewahren.

Senator Kulenkamp betont gleichfalls, daß die Zwangsziehung keine Strafe sein solle, sondern vielmehr eine Wohlthat. Durch die Ausdehnung derselben liege für den Senat die größte Möglichkeit vor, von dem Recht der bedingten Begnadigung Gebrauch zu machen.

Wissell betont, daß er nicht ausgesprochen habe, die Zwangsziehung sei unter allen Umständen eine Strafe. Er habe vor allen Dingen eine eingehendere Begründung gewünscht. Ohne dieselbe könne er nicht für das Gesetz stimmen.

Die Senatsvorlage wird darauf angenommen. Die nächste Senatsvorlage betrifft die Revision des Ortsstatuts zum Kaufmannsgericht.

Hierzu ist vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband eine Eingabe eingegangen, die verschiedene Abänderungen wünscht.

Dr. Leberkühn beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit der Eingabe der Handlungsgehilfen und hat um Annahme der Senatsvorlage.

Wissell fragt, ob in Zukunft Leute wählbar sind, die selbst nicht wählen können; nach dem Gesetz ist das der Fall. Redner führt mehrere Beispiele für die vorstehende Möglichkeit an, und beantragt deshalb Kommissionsberatung.

Dr. Leberkühn hält eine kommissarische Beratung nicht für notwendig, da der Gesetzentwurf eingehend beraten sei.

Wissell: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie es denn werden soll, wenn ein zur Wahl vorgeschlagene Mitglied gestorben ist?

Dr. Leberkühn: Darauf antworte ich mit der Frage: Was soll geschehen, wenn uns ein Unglück passiert, wie es in San Francisco geschehen ist?

Wissell: Ich konstatiere, daß ich keine Antwort auf meine vorige Frage erhalten habe, ebensowenig auf die Frage, ob Personen wählbar sind, die nicht wählen können. Um solchen gesetzgeberischen Unsinn zu verhüten, bitte ich um Unterstützung meines Antrages auf kommissarische Beratung.

Dieser Antrag wird abgelehnt. Die Senatsvorlage wird mit einer kleinen Abänderung angenommen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Antrag A. u. P. auf Revision der Verfassung.

Nur zehn Bürgerchaftsmitglieder unterstützten den Antrag.

A. Bape: Nach diesem Ergebnis hat es den Anschein, als ob die gegenwärtige Bürgerchaft an den bestehenden Verhältnissen nicht ändern will. Ich möchte nun zunächst bei der Senatswahl den Wunsch aussprechen, daß in Zukunft auch Nichtjuristen in den Senat gewählt werden, ebenso mindestens ein Vertreter des Handwerkerslandes. Im Anschluß hieran möchte ich erinnern, daß bei der Wahl des Senatsstrach die Verfassung verletzt worden ist, indem derselbe noch Handelsgehilfen zur Zeit der Wahl war. Auch die von Herrn Dr. Görtz aus Anlaß eines Artikels im „Volksboten“ gemachten Aeußerungen über die Vorversammlung waren nicht zutreffend; wenigstens habe ich, als ich einmal eine Vorversammlung besuchte, anlässlich einer Senatswahl erfahren, daß man eine Liste von Wahlbürgern in die Hand gedrückt bekam, an der nichts mehr zu ändern war. Man hatte also bereits vorher bestimmt, wer am nächsten Montag den neuen Senator erwählen sollte. Das ist keine richtige Wahl. Weiter bemängelt Redner, daß die Senatoren bei der Leistung des Bürgerrechts sitzen bleiben; es gibt allerdings Leute, die meinen, der Senat sitze dort an Gottes Statt. Zum Bürgerauschuss übergehend, hielt Redner diese Institution für unannehmlich. Durch dieselbe würde die Bürgerchaft überflüssig, denn was die maßgebenden Herren des Bürgerauschusses wollen, das tut die Bürgerchaft. Der Bürgerauschuss bestrebe zum größten Teil aus Beamten und Rentiers; es sei jedoch nicht einzusehen, daß diese Leute besonders zur Gesetzgebung befähigt sind. Man solle lieber zwei Klassen einführen, und den Bürgerauschuss, dem viel Material zur Verfügung gestellt werde, das die Bürgerchaft nicht kenne, aufheben, da dessen Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen. Es sei auch nicht richtig, daß Bürgerchaftsmitglieder Staatsarbeiten erhalte.

Der stellvertretende Vorsitzende J. e. n. e. erklärt, daß seinerzeit der Vorsitzende im Gegensatz zu einem Artikel im „Volksbote“ gesagt habe, die Wahlen zum Senat finden in der Bürgerchaftsversammlung und nicht in der Vorversammlung statt. Diese Aeußerung müsse als zutreffend bezeichnet. Ihm sei während der Zeit, in der er der Bürgerchaft angehöre, nicht bekannt, daß in den Vorversammlungen den Bürgerchaftsmitgliedern Listen in die Hand gedrückt werden, welche die Namen der am Montag zu wählenden Wahlbürger enthält.

Senator Dr. Schön befreitet, daß bei der Wahl des Senatsstrach eine Verfassungsverletzung vorgekommen sei. Die Auflösung der offenen Handelsgesellschaft sei tatsächlich zwei Tage vor der Wahl beantragt worden. Nur die Persönlichkeiten und Erledigung der Sache habe sich etwas verzögert.

Th. Schwab: Ich will auf die Materie selbst nicht eingehen, doch muß ich namens meiner Freunde erklären, daß wir eine Revision der Verfassung für dringend notwendig halten. Die gegenwärtige Verfassung stammt in der Hauptsache aus dem Jahre 1848. Seitdem haben sich die Verhältnisse so geändert, daß allein aus diesem Grunde eine Revision notwendig sei.

A. Bape hält daran fest, daß die bezügliche Eintragung in das Handelsregister bei Strach erst nach dessen Erwählung in den Senat erfolgt sei.

Senator Dr. Schön: Das Protokoll über den Auflosungsantrag ist am Sonnabend aufgenommen und damit wurde die offene Handelsgesellschaft an diesem Tage aufgelöst.

Th. Schwab, Dr. Wenda und Heinsohn verteidigen die Einrichtung Vorversammlung.

Wissell: Wenn etwas für die Revision der Verfassung spricht, so ist das die Diskussion, welche hier soeben gepflogen ist. Sie verteidigen auf das äußerste die Vorversammlungen und geben uns damit recht, wenn wir für zwei Klassen eintreten. Mit der Materie selbst will ich mich gegenwärtig nicht beschäftigen.

Stiller: In den Vorversammlungen sprechen wir

uns gründlich über die Vorlagen aus und verkürzen dadurch die Diskussion hier im Saale. Wenn Herr Wissell die Vorversammlungen besuchen würde, so könnte er der Bürgerchaft manche Stunde ersparen. Die Notwendigkeit einer Verfassungsrevision könne er nicht einsehen.

Landrichter Dr. Sommer geht näher auf den Zweck und das Wesen der Vorversammlungen ein.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag A. Bape wird abgelehnt.

Nunmehr gelangt zur Beratung ein Antrag von Dr. Leberkühn und 23 Mitgliedern: Der Senat wolle eine von ihm zu bestimmende Zentralkasse mit der einheitlichen Bearbeitung aller der Fragen betrauen, die sich durch die Besiedelung des linken unteren Trauenufers in Folge der dort stattfindenden industriellen Entwicklung ergeben.

Dr. Leberkühn führt zur Begründung aus, daß die Besiedelung beim Hofenwerk ein Stück innerer Kolonisation, und deshalb sei es nicht neu, wenn der Staat hier mit eingreife. Hierzu ist jedoch eine Zentralkasse nötig, die mit allen sich aus der Besiedelung ergebenden rechtlichen, baulichen und wohlfahrtspolizeilichen Angelegenheiten zu betrauen ist. Die Gestaltung der Zentralkasse würde weiterer Erwägungen auch des Senates vorzubehalten sein. Bisher sind in der Bürgerchaft mehrmals, und zwar immer nur von einer Seite, Mißstände beim Bau des Hofenwerks kritisiert und agitatorisch ausgenutzt worden; meines Erachtens müssen jedoch auch die anderen Bürgerchaftsmitglieder zeigen, daß ihnen das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt.

Dr. Ziehl ist nicht dagegen, wenn sich der Bürgerauschuss mit der angeregten Frage beschäftigt; er wünscht jedoch, daß die zu schaffende Zentralkasse nicht vom Senat ernannt, sondern durch Rat- und Bürgerchaftszustande kommt.

Dr. Leberkühn ändert seinen Antrag in diesem Sinne ab.

Th. Schwab will dem Antrage Leberkühn zustimmen, nachdem gesagt sei, daß sich derselbe nicht gegen die Industrie richte.

Senator Dr. Schön meint, die Ausführungen Dr. Leberkühns wären sehr interessant, doch würde der Senat der Errichtung einer neuen Behörde wohl schwerlich zustimmen.

Der Antrag Dr. Leberkühn wird hierauf an den Bürgerauschuss verwiesen.

Nunmehr gelangt zur Beratung ein Antrag von Dr. Wittern: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, eine Revision der Gehalte der Gerichtsvollzieher, Gerichtsschreiber und Gerichtsschreibergehilfen und der Hofenmeistergehilfen in Erwägung zu ziehen.

Dr. Wittern hält es für notwendig, daß unsere Beamten mindestens so gestellt werden, daß sie unter Berücksichtigung ihrer Stellung angemessen leben können. Senator Rittscher hat bereits im Jahre 1892 gesagt, daß Lübeck eine reure Stadt sei, und daß deshalb die Gehälter der Beamten mindestens den in Preußen gezahlten gleichgestellt werden müssen. Redner weist dann im Einzelnen nach, daß die Gehälter der Gerichtsvollzieher in anderen Städten und Staaten höher sind, als bei uns. Auch auf die Gerichtsschreiber trifft im wesentlichen daselbe zu. Die höheren Beamten, z. B. die Richter, werden in Preußen und Oldenburg niedriger als in Lübeck bezahlt, die mittleren Beamten jedoch besser. Die Hofenmeistergehilfen sind Leute, die das Schifferpatent besitzen müssen, und deshalb wohl Anspruch auf ein höheres Gehalt erheben können. Ich bitte Sie, meinen Antrag an den Bürgerauschuss zu verweisen.

Senator Dr. Schön: Der Senat hat erst kürzlich auf Grund einer Eingabe die Gehaltsverhältnisse der Hofenmeistergehilfen und Gerichtsvollzieher geprüft, und eine Erhöhung derselben abgelehnt, da hiermit der erste Schritt zur Aenderung des Beamtenbesoldungssatzes geschehen würde. Wenn die Richter in Lübeck höher bezahlt werden als in Preußen, so liegt das daran, weil bei uns nur wenig Bewerber um Richterstellen vorhanden sind.

Schulmerich stellt den Antrag auf Revision des Beamtenbesoldungssatzes. Was Dr. Wittern von einzelnen Beamtenkategorien gesagt habe, treffe auch auf andere zu.

Th. Schwab spricht kurz für den Antrag Schulmerich. Während Dr. Wittern nochmals seinen Antrag begründet, tritt Beschlusfähigkeit der Bürgerchaft ein. Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 9,50 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 19 Juni.
Zuzug von Holzarbeitern, Malern und Ban-
schlossern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist
der Boykott über die Thüringer Würstfabrik von Aug.
Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flaktschiffer! Ueber den Betrieb von A.
Sollt Wwe. ist die Sperre verhängt.

Unsere auswärtigen Zeitungs-Kolporteurs werden
erfucht, die Postabonnements-Quittungen vom zweiten
Quartal 1906 behufs Abrechnung umgehend einzusenden.

Expedition d. „Lüb. Volksb.“

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! In den
„Lübeckischen Anzeigen“ lesen wir folgendes: „In den
selben Woche, nur drei Tage nachdem der Reichstag sich
selbst außer einer Entschädigung von 3000 Mk. vollkommen
freie Fahrt in der ersten Klasse auf allen deutschen Eisen-
bahnen bewilligt hatte, verteuerte er durch die Fahrkarten-
steuer der Mehrzahl aller Reisenden die Eisenbahnfahrten
in sehr empfindlicher Weise. Der Abgeordnete, der z. B.
zwischen München und Berlin ganz umsonst in der ersten
Klasse fährt, legt allen seinen Mitreisenden in derselben
Klasse für die Fahrt hin und zurück eine besondere Steuer
von 16 Mk. auf! Und dem ärmeren Reisenden, der in der dritten Klasse fährt, legt der Ab-
geordnete, der für die Fahrkartensteuer ge-
stimmt hat, einen Stempelbeitrag von 1,80
Mk. auf, den er selbst so wenig bezahlt, wie die Eisen-
bahnfahrt. Dazu kommt, daß von keinem Abgeordneten
bestritten werden wird, daß er seine Freikarte auch in sehr
vielen Fällen nicht nur zu „Dienstreisen“ als Abgeordneter,
sondern zu Vergnügungsfahrten benutzt wird, ohne daß
er jemals einen Pfennig an Fahrkartensteuer bezahlt.
Hier haben wir also den ganz einzigen, unerhörten
Fall, daß Volksvertreter eine Steuer dem
Volke auferlegen, sich selbst aber gleich-
zeitig von ihr völlig frei machen! Die Ge-
schicklichkeit einer solchen Maßregel wird dauernd auf dem

Reichstage ruhen, und die ganze Grundeinrichtung der
deutschen Volksvertretung wird unter dieser Behauptung
leben.“ Die „Volksvertreter“, welche dem Volke eine
Steuer auferlegten, von der sie sich selbst vorher frei-
gemacht waren in erster Linie die Gefinnungs-
genossen des „Lüb. Volksb.“, also National-
liberale. Sie trifft der Vorwurf, der in vorstehenden
Ausführungen erhoben wird, daß es ein besonderes
Vergnügen sei, gelegentlich der Reichstagswahl die
nationalliberalen Volksvertreter auf das schändliche
Treiben ihrer Leute im Reichstage hinzuweisen, wenn das
„Lüb. Volksb.“ die nationalliberale Kandidatur als die für des
Volks Wohlfahrt geeignetste anpreisen wird.

Aus dem Gerichtssaal. Der 18jährige Knabe N. in
Havelst wurde wegen widernatürlicher Unzucht
zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Arbeiter G.
in Niendorf hat aus dem Schankpavillon des Wirtes R.
verschlebene Flaschen mit geistigen Getränken sowie einige
Zigarren entwendet und sich wohlwollend lassen. Wegen
Diebstahls wurde er deshalb zu drei Wochen Haft ver-
urteilt.

Kölner Karneval heißt die neueste Sensation, die im
Sania-Theater von der Gesellschaft des Kölner Volks-
Theaters heute und morgen gegeben wird. Wer sich ein
Bild des weltberühmten Karnevals mit seinen urkomischen
Situationen machen will, der besuche die Vorstellung,
deren Anfang präzis 8 Uhr festgesetzt ist.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheil-
kunde veranstaltet am Freitag, den 22. Juni, für seine
Mitglieder und Freunde ein Konzert auf dem Spielhause
„Karlshof“. Eintritt pro Person 20 Pf. Kinder in Be-
gleitung der Erwachsenen sind frei. Am Sonntag, den
24. Juni findet eine Ausfahrt nach dem Drusensee statt.
Abfahrt Mittags 1 Uhr 30 Minuten. Karten dazu bei den
Boten und in der Geschäftsstelle. — Bei den Veranstaltungen,
namentlich dem Konzert, wird es nicht an Teilneh-
mern fehlen.

Entmündigung. Der Kaufmann Otto Gerhard
Kenter zu Lübeck ist wegen Trunksucht entmündigt.

Achtung Maurer! Ueber das Geschäft des Bauunter-
nehmers Schmidt in Rastorf ist die Sperre verhängt
worden.

Die Wasserwärme des Krähenteichs betrug gestern
22 Grad Celsius.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau schreibt
man uns: Die Fortführung der Sommerbühne durch die
Direktion Biorowski scheint allgemein vom Lübecker
Publikum mit Freuden begrüßt zu werden, denn den Vor-
stellungen wird von Abend zu Abend ein regeres Interesse
entgegengebracht. Die von der Direktion getroffene Ein-
richtung, die Vorstellungen an den Wochentagen stets um
8 Uhr beginnen zu lassen, kann nur ausgedehnt werden,
da hierdurch den Geschäftleuten Gelegenheit gegeben wird,
das Theater rechtzeitig besuchen zu können.

Eine erhebliche Verletzung am linken Arm zog sich
der im Hofengarten 84 wohnhafte Schneider Trinitis da-
durch zu, daß er sich mit einer Blechtafel schnitt; die
Sehnen sollen verletzt sein. Nützliche Hilfe mußte sofort
in Anspruch genommen werden.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der
einem Schankwirt aus der Ladentasse etwa 12 Mark ge-
stohlen hatte.

Niendorf a. C. Achtung, baugewerbliche
Arbeiter! Ueber das Geschäft von Gardt ist die
Sperre verhängt.

Wäln. Reaktionäre Protestanten. Be-
kanntlich waren auf dem Städtetage die Reaktionäre aller
Richtungen vertreten, dagegen war nicht ein einziger Mann
anwesend, dessen Gerechtigkeitsgefühl so weit entwickelt
war, daß er auch dem Arbeiter den ihm zukommenden
Anteil an der Kommunalverwaltung einräumen wollte.
Trotz dieser Tatsache gibt es Leute, denen beispielsweise
der stier Oberbürgermeister Fuß nicht reaktionär genug
ist. Diese anscheinende Unmöglichkeit geht aus folgender
Meldung hervor: Ein Protest gegen die Aeuße-
rungen des Oberbürgermeisters Fuß in
Riel auf dem Schleswig-Vollstündigen Städtetage in Wäln
soll in die Wege geleitet werden. Herr Fuß hatte einlei-
tend in seiner Rede zur beabsichtigten Wahlrechts-Reform
gesagt, die Delegierten sollten sich frei von dem Einfluß
der der Wahlrechtsänderung feindlich gestimmten Presse wie
auch den Petitionen der Bürgervereine unserer Provinz
halten. Die Bürgervereine sind es aber, die die Kommu-
nalswahlen leiten, sie bringen auch die Stimmung des
Bürgerturns zum Ausdruck und dennoch wollte Herr Fuß
sie einfach bei Seite schieben. Die Vereine wollen gegen
diese Art, sie nicht als maßgebende Faktoren anzuerkennen,
protestieren. — Recht so! Die Bürgervereine sind
die Repräsentanten der Räckständigkeit, und
daß sie maßgebend sind, hat der Städtetag bewiesen.

Hamburg. Der Klempererstreik ist Montag
morgen zur Wirklichkeit geworden. Ueber 800 Klemperer
haben die Arbeit niedergelegt und sich in die Kontraktlisten
eintragen lassen. Einige Firmen, bei denen insgesamt 300
Arbeiter beschäftigt sind, haben den Stundenlohn von
70 Pfg. bewilligt. — Ein blutiges Familien-
drama in der Lembkentmiete. Ein Schneider
namens Landsknecht wollte am Sonnabend abend seine
von ihm getrennt lebende in der Lembkentmiete 16, zweite
Etage, wohnende Ehefrau auffuchen. Er fand die Woh-
nungstür verschlossen. Auf sein Rufen erschien keine
Lichter an der Tür, die ihm jedoch den Eintritt verweigerte.
Nun trat Landsknecht die Füllung der Tür ein, drang in
die Wohnung und schürte sich auf die Frau und Tochter,
um sie zu mißhandeln. Die Tochter ergriff zur
Abwehr ein Küchenbeil, mit dem sie dem
Vater einige Hiebe auf den Kopf versetzte.
Die dadurch verursachten Verwundungen sind sehr schwer.
Das Gehirn trat aus dem Schädel hervor. Landsknecht
fiel bemußlos zu Boden. Er wurde zwar noch lebend,
aber in sehr bedenklichem Zustande ins Hafentrantenhaus
geschafft.

Harburg. Zu Tode gefahren wurde in der
Nacht von einem Eisenbahngange der Streckenarbeiter Guslav
Böttcher, wohnhaft in Harburg. Der Unfall hat sich in
Wilhelmsburg in der Nähe der Brücke über die Süderelbe
zutgetragen. Die Leiche wurde auf den Schienen total ver-
stümmelt, den Kopf vom Rumpfe getrennt, aufgefunden.
Wie der Mann dort hingelassen und auf welche Weise
der Unfall passiert ist, kann niemand sagen. Der Ver-
storbene ist circa 26 Jahre alt und wollte sich in nächster
Zeit verheiraten.

Reudburg. Ein furthares Brandunglück.
In der Grasschen Gastwirtschaft kam gestern nachmittags
gegen 3 Uhr ein Feuer zum Ausbruch, bei dem mehrere
Personen ihr Leben einbüßten. Einlogierer,
die nach gehabter Nachtschicht bei Ausbruch des Feuers
schliefen. Drei von ihnen wurden bereits
unter den Trümmern hervorgezogen, ein
vierter liegt hoffnungslos im Krankenhause darnieder. Man
vermutet, daß einer der Einlogierer mit brennender
Zigarre sich ins Bett gelegt und dadurch das Feuer zum

Entstehen gebracht hat. Die Namen der Verbrannten sind noch nicht bekannt.

Beste Nachrichten.

Kassel. Wie gemeldet wird, sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Eisenbahnstrecke Kassel-Sintershausen in der Nähe der Ditschaft Nieder-Zwehren die Leichen eines Mannes, einer Frau und eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Offenbar haben sich die Drei, bei denen man keinerlei Legitimationspapiere fand, von dem Basel-Hamburger

Zug überfahren lassen, denn bei dessen Ankniff in Kassel fand man an der Lokomotive Blutspuren und Gehirnmasse.

Wertheim am Main. Bei Gathem stieß das Automobil des an der Gertenerfahrt beteiligten gewesenen Amerikaner Bierce und Cuffery auf ein entgegenkommendes Fuhrwerk. Der Sattler Walter aus Gathem erlitt bei dem Zusammenstoß tödliche Verletzungen. Ein Gastwirt wurde verletzt. Die Amerikaner verweilen im hiesigen „Badischen Hof“, bis das Gericht über die Höhe der von ihnen zu hinterlegenden Kaution entschieden hat.

München-Gladbach. In Kirspelwalniet brannte das Haus eines Aderers nieder. Dabei kam ein 12jähriger Sohn in den Flammen um; der Aderer und eine Tochter wurden schwer verletzt.

Berichtigung. In der letzten Quittung für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker sind irrthümlich von dem Verband der Schmiede 50 Mk. angegeben; dasselbe soll heißen: „Von dem Verbands der Schmiede 50 Mk.“ Die Expedition.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Gewerkschaftsfest-Komitee.

Morgen Mittwoch den 20. ds. abends 8 1/2 Uhr: Sitzung im „Tiergarten“.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

J. Klempau und Frau.

Schwartz. Zum 1. Oktober eine Dreizimmerwohnung m. Zubehör zu vermieten Augustenstraße 5.

Durch Zufall zum 1. Juli eine Wohnung zu vermieten Steinradweg 25.

Gesucht zum 1. Okt. eine abgetheilte Parterre- oder 1. Etage-Wohnung von 2 1/2 u. Zubehör im Br. bis 200 Mk. in der Nähe der Schwartauer Allee Näh Standortstraße 19, dt.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung vom Burgtor mit Wasser im Preise bis 180 Mk. Ang u. A 36 an die Eyed b Bl.

Gesucht jugendliche Arbeiterinnen und ein Rollenmacher in dauernde Arbeit von der Tabak-Fabrik

E. Wiencke, Johannisstr. 43.

Gesucht zu sofort ein ordentliches Mädchen für häusliche Arbeiten und bei Kindern

Wih. Menschel, Untertrave 53.

Sponkelpferd zu kaufen gesucht. Gef. Off. mit Preisang. u. SKO a. d. Exp. Ein rotbe bezogenes Sofa (12 Stk.) u. eine gutgehende Singer-Frittmachmaschine billig zu verkaufen

In verkaufen ein Jahrg. Unser Blatt und Diehrichs Familienblatt

Ein zweistöckiger Küchenschrank, Bühnerdracht billig zu verkaufen

Ein Buch Die Frau als Hausärztin zu verkaufen

Alles Brod u. Semmel für Vieh billig zu verkaufen

Ein weniggebrauchter Sommerkoffer, schlanke Figur, ist für den billigen Preis von 18 Mark zu verkaufen

Beständig große Auswahl in Ferkel. Lieferung eventl. frei Lübeck.

Bommerlunder feinsten Tafel-Getreide-Aquavit

8-10 Mark täglich können Händler und Hausierer durch Verkauf eines einzig dastehenden 10 Hg. Konium-Artikels verdienen.

Feuerversicherung welche ab Bedingungen A. Bestmann, Friedenstr. 47.

ARGARINE ohra Buffer

Ludw. Hartwig. Sie erhalten Uhren-Karten

Einmal täglich im Garten und auch abends vor dem Einschlafen ein Glas Argarine Ohra Buffer zu trinken. Sie erhalten Uhren-Karten

Wasche mit **Henkel's Bleich-Soda** überall zu haben.

Montag den 25. Juni 1906
unwiderruflich letzter Tag!
ZIRKUS CORTY-ALTHOFF
Lübeck, Burgfeld.
Mittwoch den 20. Juli 1906
zwei brillante
2 Gala-Extra-Vorstellungen 2
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
Nachmittags 4 Uhr: Salbe gleiche Preise für Groß und Klein.
Abends 8 Uhr: Volle Preise.

In jeder Vorstellung:
Das großartige, amüsante
Niesen-Weltstadtprogramm.
In jeder Vorstellung:
Die Original-Japaner
(13 Personen).
In jeder Vorstellung:
Mlle. Tilly Bébé
Die Löwenbraut.
In jeder Vorstellung:
Die 2 Wunder-Gesanten.

In jeder Vorstellung:
Persönl. Austr. des Hrn. Dir. P. Althoff
mit seinen neuesten Original-Dressuren.
In jeder Vorstellung:
Der kluge Hans!
In jeder Vorstellung:
MR. KLEPPINI,
das Härtel des 20. Jahrhunderts.
In jeder Vorstellung:
Alle Clowns u. Auguste.

Donnerstag den 21. Juni 1906, abends 8 Uhr:
Grosser Gala-Abend.

„FLORA“
Konzert-Haus.
Waisenkinderfest:
Grosses Tanz-Kränzchen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24
Zum billigen
Uhren-Schulz
ob. Johannisstraße 20.
Enormes Lager
Uhren * Ketten -
Gold- u. Silberwaren
gold. Trauringe, 1899 gest.
Rathenower Brillen.
Eigene Werkstatt.
Verkauf u. Reparaturen unter Garantie.

Große Waren-Auktion
Mittwoch den 20. Juni cr.,
vorm. 9 Uhr bis abends
Chr. Wien's Gasthof,
Gr. Burgstraße 11,
über:
Kinder-, Mädchen- u. Damen-Schuhe und
Stiefel,
Arbeitschuhe und Mannstiefel,
Arbeiter-Garderoben und Hemden
und vieles a. m.
Carl Wilhelms, Auktionator und Taxator.

Billiges Volksgetränk!
Trinkt
H. Bülck's Misch-Kaffee!
Pfund 60 und 80 Btg.
in 1/2 und 1/4 Pfund.
Die Mischungen enthalten keinerlei künstliche Farbstoffe, keine habarierte Bohnen (sog vom Seewasser beischädigt) und sind frei von jedem Beschwermungsmittel

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 20. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52
Lagerstr. 17
Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.
Der Vorstand.

H. Bülck
Breitestraße 54. Fernspr. 149.
Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Schnell prompt und sauber
Die Druckerei des Lübk. Volksboten
Fischmarktstraße 30.

Achtung!
Radfahrer Selmsdorf!
Am Donnerstag den 21. Juni,
abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal, Wilhelm Bahr.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Fackenburgers Piedertafel.
Bei der am 17. Juni ds. Js. stattgefundenen Tombola sind nachstehende Losnummern mit Gewinnen gezogen:

33	52	82	103	109	150	194
209	216	237	277	315	329	446
149	466	472	479	493	512	541
554	567	614	630	645	673	715
741	756	791	817	847	852	898
907	912	934	937	966	990	1009
1035	1037	1043	1062	1074	1121	1179
1193	1267	1342	1383	1388	1397	1404
1408	1415	1418	1459	1526	1567	1626
1626	1645	1686	1728	1758	1784	1817
1834	1835	1853	1892	1965	1985	1996
1997	2005	2032	2036	2063	2104	2108
2113	2135	2186	2224	2229	2236	2246
2262	2265	2270	2273	2275	2343	2354
2393	2395	2405	2424	2438	2460	2463
2548	2569	2609	2641	2664	2696	2739
2761	2764	2785	2814	2845	2897	2948
2953						

Die Gewinne werden am Dienstag den 19. Mittwoch den 20. und Donnerstag den 21. ds. Js. abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, in F. u. Bactaw's Gesellschaftshaus in Fackenburg verlosung. Gewinne, welche bis zum 8. Juli ds. Js. nicht abgefordert worden sind, verfallen dem Verein.
Der Vorstand.

Sonntag, 24. Juni:
Ringreiten
in Stockelsdorf.
Zirkus-Arena
F. Riechert
tritt auf dem Burgfeld ein.
Eröffnungs-Vorstellung
Mittwoch den 20. Juni
abends 8 Uhr.
Alles nähere siehe die Zettel.
Zu zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst ein
Die Direktion.

Hansa-Theater
Heute Mittwoch den 20. Juni,
abends 8 Uhr:
Première!
Kölner Karneval
Org.-Burleske in 4 Bildern
von Buchholz u. Prang.
Der Gipfel der Komik!!
Im 3. Bild:
Preis-Ringkampf
zwischen
Tünnes und dem
Athleten Nowratil.
Preise der Plätze wie bekannt.
Vorverkauf bis 5 Uhr abends b. Sager.
In Vorbereitung:
Tünnes & Comp.

Stadthallen-Theater.
Mittwoch den 20. Juni 1906. 8 Uhr.
Kleine Preise Schülerbillets 50 Pfg.
Kean oder
Genie u. Leidenschaft.
Luftspiel in 5 Akten von Dumas.
Donnerstag: **Doktor Klaus.**
Freitag: **1. Doppel-Gastspiel** von
Frau Krüger-Rosde u. Fr. Alw. Krüger
Krieg im Frieden.

Vom internationalen Bergarbeiterkongress.

Von Otto Hue.

(Schluß.)

Von den Amerikanern wurde angeregt, eine internationale Ueberweihungskarte für die zwischen den nationalen Organisationen wechselnden Mitglieder auszugeben. Das Geschäftskomitee verdrängte diese Anregung zu dem Antrag, solche Ueberweihungskarten dürften nur diejenigen Gruppen ausstellen, die mindestens zwei Jahre auf dem internationalen Kongress vertreten seien. Hiergegen wendete Effert ein, der Antrag gebe dem Gewerbeverein, der dieses Jahr zum erstenmal auf dem Kongress vertreten sei, nicht das Recht, internationale Ueberweihungskarten auszustellen. Der Gewerbeverein sei gewillt, die internationale Solidarität zu pflegen, die Beschlüsse des internationalen Kongresses mit durchzuführen zu helfen und hoffe deshalb auf volle Gleichberechtigung. Hierzu bemerkt Sachse, der amerikanische Antrag enthalte keine Ungerechtigkeiten gegen die auf diesem Kongress vertretenen Gruppen. Er verlange von allen eine zweijährige Karenzzeit für die Erwerbung der gebotenen Vorteile. Karenzzeiten schweben alle Organisationen, auch der Gewerbeverein, ihren Mitgliedern vor zur Erzielung einer ständigen Mitgliedschaft. Darin könne niemand eine Zurücksetzung erblicken. Effert gab dann noch die Versicherung ab, er und seine Freunde seien Gegner der „gelben Gewerkschaften“, die eine „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit durch organisierten Streikbruch herbeiführen wollen. Der amerikanische Antrag wurde angenommen.

Eine Epithete verdient mit Rücksicht auf deutsche Verhältnisse besonders erwähnt zu werden. Die Belgier beantragten, der Kongress möge sich für die Verstaatlichung der Gruben aussprechen. Hiergegen wandte sich die Gewerbevereinsdelegation, aber ihre Begründung ist außerordentlich charakteristisch. Sie lautete: In Deutschland sei der Staat als Arbeitgeber schlechter als die Privatunternehmer! Dieses Argument ist uns nicht unbekannt. Wir hören es immer wieder bei uns meistens von solchen Parteigenossen, die sich zur „radikalen Richtung“ rechnen! In der Erklärung der Gewerbevereinsdelegation auf dem internationalen Kongress liegt das dankbar schärfste Mißtrauen gegen die kapitalistische Grubenverwaltung. Nach der Rede Delbrücks in Hannover und den Vorgängen in Saarabien ist die Stellung der Gewerbevereinsdelegation sehr wohl begründet, d. h. wenn man die Verstaatlichungsfrage in erster Linie als eine Arbeiterfrage aufstellt, was sie nicht ist. Was die Gewerbevereinsdelegation in London erklärte, vertritt sich aber nicht mit dem, was in der „Königlichen Volkszeitung“ der Daily Labourer des christlichen Gewerbevereins für Saarabien veröffentlicht. Hier wird die kapitalistische Verwaltung förmlich ermahnt, durch ihre Beamten die Gewerbevereinsversammlungen übermächtig zu lassen, damit sich die Grubenverwaltung überzeuge, daß in den Gewerbevereinsversammlungen eine „Königstreue“, vom Vertrauen gegen die kapitalische Verwaltung getragene Gesinnung gepflegt würde. Dagegen sitzen in London die Gewerbevereinsdelegierten gegen die allgemeine Grubenverwaltung und mehrerer dies mit einer Mißtrauenserklärung gegen den Staat als Arbeitgeber!

Von historischem Interesse ist folgende Reminiscenz: Auf dem 1894 in Berlin abgehaltenen internationalen Bergarbeiterkongress führte eben derselbe Verstaatlichungsantrag zu einer Lärmhölle. Ein Ruhrgebietsdelegierter (Verbandsmitglied) trat für den Verstaatlichungsantrag ein unter Berufung auf den sozialdemokratischen Programmsatz: Verstaatlichung aller Produktionsmittel. Ihrem Kongress wendete auch der Vertreter einer schlesischen „christlichen Bergarbeiterorganisation“ bei, er protestierte lebhaft gegen „die sozialdemokratische Ausnutzung des Kongresses“ und verließ den Kongress. Und nun kommt die partie honteuse: jenen Zwischenfall beauptete

die liberale Partei im Ruhrgebiet (spiritus rector Herr Pfarrer Driessen-Effen) zur Inangriffnahme einer „Protestbewegung“, deren Frucht die — Gründung des christlichen Gewerbevereins der Bergleute war! Seine vorbereitende Versammlung (August 1904 in Essen) war ganz beherrscht von den Rehmern, die in der auf dem Berliner internationalen Bergarbeiterkongress betriebenen Verstaatlichungspropaganda eine Demonstration gegen die „Königstreue“, „unzufriedenliche“ Gesinnung der christlichen Bergleute zu erblicken suchten. Der Gewerbeverein christlicher Bergleute wurde darum als unmittelbarer Protest gegen den „sozialdemokratischen internationalen Kongress“ bzw. den „sozialdemokratischen Verband“ gegründet.

Wie sich — zum Glück! — die Zeiten ändern! 12 Jahre später erschienen Delegierte desselben Gewerbevereins auf dem internationalen „sozialdemokratischen Kongress“. Wieder wird der Verstaatlichungsantrag gestellt und von seinen Freunden mit prononziert sozialistischen Argumenten verteidigt. Die christlichen Delegierten protestieren aber nicht gegen die ihnen jedenfalls sehr einleuchtenden sozialistischen Argumente, sondern stimmen gegen den Verstaatlichungsantrag nur mit der Motivierung, sie hätten kein Vertrauen zu dem Staat als Arbeitgeber! Das ist ein ganz außerordentliches Ereignis in der Bergarbeiterbewegung. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen der christliche Gewerbeverein aus der Haltung seiner Vertreter in London ziehen wird. Jedenfalls ist hier wieder bewiesen worden, daß es viel richtiger ist, den Vertretern anderer Organisationsgruppen Gelegenheit zu geben, sich inmitten ihrer Klassenorgane zu den aktuellen Arbeiterfragen zu äußern, als im vorkameralen Manier mit Anträgen anzugreifen, wodurch jenen der Anlaß gegeben wird, sich als die „Terroristen“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Gewerbevereinsdelegation hat ausnahmslos alle ihren Anträge zugestimmt, mit derselben Einschränkung, die wir gegenüber einigen unpraktischen belgisch-französischen Anträgen machten, stimmte die Gewerbevereinsdelegation auch für diese. Falls hat es also nur eine deutsche Delegation in London gegeben und deshalb kann man die Frage einiger englischer Bergarbeiterdelegierten, warum die beiden deutschen Gruppen getrennt seien, wohl verstehen. Ich habe die Uebersetzung, auch das „getrennte Gehen“ ist eine vorübergehende Erscheinung, die kapitalistische Entwicklung wird noch alle Hindernisse hinwegspülen.

Es war der interessanteste Bergarbeiterkongress, der in der Pfingstwoche vor den Toren des englischen Parlaments tagte. Würdig in ihrem Verlauf, bedeutsam wegen seiner Zusammensetzung und auch wegen seiner Beschlüsse. Ueberall, in Salzburg, werden wir resümieren, welche Folgen er für die deutsche Bergarbeiterbewegung zeitigt hat.

Die Frau von Tillo und der Ring

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. In Elberfeld droht ein Väterkreiß. — Eine Generalausperrung sämtlicher Bauhandwerker des Ruhrgebiets soll erfolgen, wenn nicht bis zum 20. Juni eine Einigung zur Wiederaufnahme der Arbeit im Steinmetzgewerbe herbeigeführt worden sei. Sollten die Arbeitgeber ihre Drohung wahr machen, so würden sie damit tunferbüßig, da sie mit dem „christlichen“ Bauhandwerkerverband einen bis zum 1. April 1907 gültigen Lohnvertrag abgeschlossen haben. — Die Holzträger Duisburgs stehen im Streik. — Das Gebiet der Schweiz ist für sämtliche in den Brauereibetrieben tätigen Personen gesperrt wegen allgemeiner Lohnbewegung. Die Auszahlung

der Wanderunterstützung ist stillert; Zureisende werden als Verdräter betrachtet.

Schuhmacher-Verbandstag. Der Freitag brachte eine Fortsetzung der Statutenberatung. Die bestehenden Unterstützungen wurden teilweise ausgebaut. Aus den weiteren Beschlüssen ist von Interesse, daß der Ausschuss fortan nicht mehr Aufsichtsinanz, sondern lediglich Weisungsbefugnis sein soll. Weiter ist in Zukunft auf je 500 Mitglieder 1 Delegierter zu wählen; eine Zahlstelle darf aber nicht mehr als 5 Delegierte senden. Die Diäten wurden auf 8 Mk. täglich, die Arbeitsverdienstschädigung auf 4 Mk. festgesetzt; außerdem wurde eine Feuerungszulage von 2 Mk. pro Tag gewährt. Sodann erstattete B. o. G. Göttsche den Bericht vom Amsterdamer und Herrn a. a. Dresden den vom Kölner Gewerkschaftskongress.

Generalversammlung der Brauer. Beschlossen wurde Freitag, den Namen des Verbandes in „Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandten Berufsgeoffenen“ umzuändern. Das Eintrittsgeld wurde von 1 Mk. auf 50 Pf. für männliche und auf 15 Pf. für weibliche Mitglieder herabgesetzt. In namentlicher Abstimmung wurde sodann die Beitragserhöhung mit 29 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Die Hilfsarbeiter stimmten größtenteils dafür, die gelehrten Arbeiter jedoch in ihrer Mehrheit dagegen. Die Debatte wurde bei der Beratung eines Antrages auf Schaffung eines Streifonds, zu dem wöchentlich 5 Pf. gezahlt werden sollen, abgebrochen. Vor Schluß der Sitzung wurden jedoch den Lithographen und Steindruckern 5000 Mk. bewilligt.

Sechster Verbandstag der Eisenbahner Deutschlands. Um den Eisenbahnerverwaltungen das Maßregeln nach Möglichkeit zu erschweren werden die Tagungen obigen Verbandes unter gewissen Vorbehalt abgehalten. Wir verfügen uns deshalb auch bei der Berichterstattung, Ort und Zeit der Tagung näher anzugeben. Eine statische Anzahl von Delegierten aus Nord und Süd war erschienen; von Nebenbesuchern wegen der vielen Maßregelungen konnten wir weder bei den Gewerkschaften selbst, noch auch bei den anwesenden alten Eisenbahnern das geringste merken. In Regentheil herrschte eine siegesfrohe Stimmung unter den Delegierten, die nach allem Gebot auch durch aus berechtigt erscheint. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: Ausbau der Organisation, eventuell Reorganisation und Kartellvertrag. In anderthalbstündiger Rede schloß wurde dieser Punkt behandelt und erledigt. Lebhaft beklagt wurde das Verhalten der Verbände der Holz- und Metallarbeiter, die dem Eisenbahnerverband das Organisationsgebiet einschränken wollen. Hierbei fielen kräftige Worte, die jedoch augenblicklich der inneren Ueberzeugung entsprangen, daß diese gewünschte Gebietsbeschränkung nicht im Interesse der Organisation der gesamten Eisenbahner liegt und deshalb auf absehbare Zeit nicht durchgeführt werden dürfte und könne. Zu diesem Punkte wurde beschlossen, die Vereinigung des Verbandes der süddeutschen Eisenbahner mit dem Verbande der Eisenbahner Deutschlands, sowie die Verschmelzung der beiden Verbändeorgane tunlichst zu beschleunigen. Auch wurde dem süddeutschen Verbande das Recht eingeräumt, sein Agitationsgebiet auf Hessen auszuweiten. Begeistert wurde das Programm angenommen, die Vereinigung aller dem Verkehr dienenden Organisationen, wie Eisenbahner, Seelente, Hafenarbeiter und Transportarbeiter, in eine gewaltige Organisation herbeizuführen. Keine Spur von engstirnigem Raffengeiste war da zu bemerken; alle Delegierten zeigten sich durchaus auf der Höhe. Um diesem Ziele möglichst ungehindert durch eifertüchtige Organisationsarbeit zu kommen, wurde zunächst der mit dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter abgeschlossene Kartellvertrag durch den Verbandstag gutgeheißen. Sodann wurde eine Resolution angenommen, die im Prinzip anerkennt, daß die Eisenbahner ihren Berufsorganisationen zuzuführen sind, daß aber der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen ist, daß aber der Verband der

Im Banne des Spiritismus.

Skizzen von Friedrich Thieme.

38 Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Dahin, daß Miß Hyde die Gabe hat, materielle Gegenstände in ihre Bestandteile zu zerlegen und aufzulösen, diese an jeden beliebigen Ort hinstreichen zu lassen und wieder zu ihrer ursprünglichen Form zusammenzusetzen, sobald nach ihrem Willen ein solcher Gegenstand plötzlich in einem verschlossenen Raum erscheinen kann. Sie vermag auch — wie alle Adepten erster Klasse — nach Belieben Geräusche zu erzeugen, Körper ohne Berührung in Bewegung zu setzen und durch unsichtbare Kraft zu verhindern, daß Gegenstände fortgerückt werden können. Sie kann die Gedanken der Menschen lesen und in jeder beliebigen Entfernung beschaffen, den anderen Adepten in jeder Entfernung ohne ein materielles Verbindungsmittel Mitteilungen machen und eine zeitlang die Seele vom Körper trennen, sobald diese auf eigene Hand unabhängig von Zeit und Raum Ausflüge zu unternehmen imstande ist.“

Der Professor schüttelte den Kopf. „Das übersteigt ja noch die Wunder der Bibel“, meinte er fastlächelnd.

Mr. Low erwiderte ruhig: „Von Wundern ist keine Rede, sondern lediglich von einem tieferen Eindringen in die Geheimnisse der Natur. Wer diese höhere Einsicht erworben hat, dem werden die scheinbaren Wunder nicht mehr rätselhaft erscheinen. Vollbringen kann sie trotzdem nicht jeder, weil viele davon ganz besondere feilsche Kräfte voraussetzen, also rein individuelle Funktionen sind, die wie die Clairvoyance, den Somnambulismus und Hypnotismus nicht erlernt, sondern nur durch Naturanlage erworben werden können. Daher die graduelle Verschleiertheit der Medien.“

Sie griff plötzlich Baron Stephan, der sich während

des Abends ziemlich schweigsam verhalten hatte, in das Gespräch ein.

„Wenn Miß Hyde so hervorragende Dinge vollbringen kann“, rief Stephan halb im Scherz, „so könnte sie ja wohl auch den Ring der Frau Savonta wieder herbeschaffen.“

„Was für einen Ring?“ fragte Mr. Low rasch.

„Meine Tante hat vor etwa acht Tagen einen kostbaren Brillantring verloren“, erklärte Stephan lächelnd. „Doch ist er inzwischen wieder zum Vorschein gekommen, liebe Cousine?“ wandte er sich an Agnes.

„Nein“, erwiderte die junge Dame.

„Wo, wenn man fragen darf, und auf welche Weise hat die gnädige Frau den Ring eingekauft?“ erkundigte sich der Amerikaner angelegentlich.

Frau von Tillo, die jetzt selbst zurückkehrte, übernahm die Antwort, indem sie berichtete, sie wisse weder, auf welche Weise, noch wo es geschehen sei. „Der Ring sah etwas locker um den Finger und ist schon einmal weggewesen, — gewiß habe ich ihn auch diesmal versehentlich mit den Handschuhen abgestreift, ob nun aber hier im Hause oder auswärts, weiß ich nicht, ich vermute jedoch das letztere, denn hier haben wir alles abgeprüft, ohne den Verlorenen zu entdecken. Ich vermisse ihn erst am Abend und halte an dem betreffenden Tage viele Besuche gemacht.“

„Und ist Ihnen viel an dem Kleinod gelegen?“

„Gewiß, es ist ein Andenken an meine frühverstorbenen Schwester Gertha.“

„Wenn Miß Hyde zurückkehrt, wollen wir ihr den Fall einmal vorlegen“, schlug Mr. Low vor, worauf er das Tante verließ, um sich wieder dem Professor zuzuwenden. Die Unterhaltung beschäftigte sich naturgemäß mit der Geschichte der Adeptin und dem unerklärlichen Phänomen des Briefes und seiner Verwandlung in der Kaffeeke, außerdem sprach man von Spiritismus und der Gesellschaft der Wälder der Liebe, von Theosophie und Occultismus, von der heiligen

Rabbala und den Geheimwissenschaften der Chaldäer und Ägypter. Frau von Tillo wollte vor allen Dingen näheres über die Absichten Miß Rattes und Mr. Lows hören, Agnes unterhielt sich leise mit Hedwig, Doktor Willian mit dem Professor, kurz es war eine äußerst angeregte Unterhaltung im Gange, über der die Gesellschaft schließlich den Ring der Gastgeberin ganz vergaß.

Nach einer halben Stunde kehrte Rattie Hyde zurück, ein wenig blaß, aber mit dem Ausdruck ihrer vollen Energie in Bewegung und Blick.

„Besuchen Sie sich wieder völlig wohl, Miß Hyde“, erkundigte sich besorgt die Herrin des Hauses.

„Vollständig, ich danke. Ich war nicht unwohl, durchaus nicht, ich wollte nur allein sein, einer wichtigen Unterredung willen — ich war eine zeitlang weit von hier, viel weiter als Sie ahnen“, berichtete Rattie, ihren alten Platz wieder einnehmend.

Man bestürmte sie mit Fragen, sie schien aber nicht geneigt, nähere Auskunft zu geben und schüttelte nur ernst mit dem Kopfe. Sie beteiligte sich auch nicht an dem allgemeinen Gespräch, sondern blickte nur bald auf diesen, bald auf jenen des Kreises, bis sie nach einer Weile sich an die Baronin von Tillo wandte.

„Sie haben einen Ring verloren, gnädige Frau?“

Frau von Tillo blinnte die moderne Schyille betroffen an.

„Woher wissen Sie —?“

„Sie haben in meiner Abwesenheit davon gesprochen. Der Herr Baron machte den Anfang, er wandte sich an Mr. Low, das gnädige Fräulein befragte den Verlust. Sie wissen sich also durchaus der Umstände des Verlustes nicht zu entsinnen, gnädige Frau?“

„Absolut nicht — aber ich begreife nicht —“

Die Baronin schaute sich wie fassungslos im Kreise um, ihr Blick begegnete lauter verwunderten Gesichtern.

Eisenbahner den Wunsch hat, inzwischen wie mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter, so auch mit den übrigen in Betracht kommenden Verbänden Kartellverträge abzuschließen. Der Beitrag wurde von 25 auf 30 Pf. wöchentlich erhöht. Die Delegiertenmarke kommt in Wegfall. Den Ortsgruppen bleiben 25 Pf. seitiger 20 Proz. der Beiträge. Der Antrag auf Umwandlung der Maßregelungen in Arbeitslosen-Unterstützung wurde abgelehnt. Die Maßregel-Unterstützung wurde auf 12 Mk. festgesetzt. Der Extrafonds für Gewahrgeld bleibt daneben bestehen. Alle anderen materiellen Anträge wurden, soweit sie auf das Unterstüßungswesen Bezug haben, abgelehnt. Zu den weiteren Verhandlungen mit den Zentralvorständen und der Generalkommission wegen der Grenzfreizügigkeit und Abschluß von Kartellverträgen wurde dem Vorstande eine Kommission von 5 Vertretern aus verschiedenen Ortsgruppen beigegeben. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, der dem Vorstande das Recht gibt, je nach Bedarf und Möglichkeit bestmögliche Beamte anzustellen. Die Wahl der Beamten ergab die Wiederwahl aller bisherigen Funktionäre. Die Entschädigungen des Vorsitzenden und Kassierers wurden um 5 Mk. monatlich, die Vergütung des Kassierers ebenfalls um 5 Mk. pro Nummer erhöht. In Rücksicht auf die vorgeführte Zeit wurde auf den Bericht über den letzten Gewerkschaftskongress verzichtet. Zum Delegierten für den nächsten Gewerkschaftskongress wurde wieder Kollege Wirth, zum Delegierten für den internationalen Transportarbeiterkongress der Vorsitzende Jochabe gewählt. Noch ist von besonderer Wichtigkeit, daß mehrere Eisenbahnverwaltungen es wagten, an Konsumvereine das Ansuchen zu stellen, bei Gleisanschlüssen vertraglich anzuerkennen, daß gemahregelte Eisenbahner nicht eingestellt werden dürfen. Und das schlimmste dabei ist, daß einige namhaft gemachte Konsumvereine diese Klausel eingegangen sind. Ein scharfer Protest an den Vorstand des Verbandes der Konsumvereine wurde beschlossen. Nach dreitägigen Verhandlungen hatte der Verbandstag sein Arbeitspensum erledigt.

Die Anerkennung eines Lohntarifes durch die Kommunalverwaltung wurde in Offenbach a. M. ausgesprochen. Es handelt sich dabei um einen dröcklich abgeschlossenen Tarif der Buchbinder, der mit nur wenigen Ausnahmen die Zustimmung sämtlicher Arbeitgeber gefunden hatte. Die Zahlstelle des Buchbinderverbandes hatte sich nun an Bürgermeisterei und Stadtverordnete gewandt mit dem Ersuchen, die zu vergebenden städtischen Buchbinderarbeiten nur an Firmen zu vergeben, die den Tarif anerkannt hätten. Dem wollte die Bürgermeisterei auch nachkommen, sich jedoch eine Ausnahme vorbehalten für einen Meister, der das Binden der Stadtkassensrechnungen und Belege besorgt hatte und damit gewissermaßen eine Vertrauensarbeit übertragen bekommen hätte. In diesem Sinne sollten die Stadtverordneten nun dem Gehilfengesuch zustimmen. Untere Genossen im Stadtparlament befürworteten jedoch das Gesuch im vollen Umfange und bekämpften die Ausnahmegewilligung; dies wurde denn auch zum Beschluß erhoben. Den bürgerlichen Stadtvätern paßte natürlich diese Stellung nicht und sie stimmten auch geschlossen dagegen, da die Arbeitsvergebung Sache der Verwaltung sei und man auch einen „Doyott“ der den betreffenden Tarif nicht anerkennenden Firmen nicht wolle.

Die Zwölftener Polizei auf dem Rückzuge. Wie aus Zwidau gemeldet wird, hat der Stadtrat zu Zwidau die an den Wirt des Parteilokals „Belvedere“, Genossen Seifert, erlassene Verfügung, durch die ihm unter Androhung von 150 Mark Geldstrafe verboten wird, sein Lokal fernhin der Streikleitung der Maurer zur Verfügung zu stellen, aufgegeben. Die Verfügung an das Streikkomitee, durch die der Maurerstreik für erfolglos erklärt und die Streikleitung aufgelöst wird, ist noch nicht zurückgezogen. Doch erwartet man, daß dies im Laufe des Tages geschehen wird. Stadtrat Wille, der jene Verfügungen erlassen, ist um eine Erfahrung und die Stadt Zwidau um eine Blamage reicher.

Strafkonto der Presse. Aus Halle a. S. wird gemeldet: Genosse Rebakow Molkenbuz wurde von der Strafkammer wegen Beleidigung eines Gutbesizers mit

4 Wochen Gefängnis bestraft. Staatsanwalt Schlüter hielt eine politische Tendenzrede à la Böhm-Velshy und beantragte 6 Monate Gefängnis.

Aus Mag und Bern.

Der Prozeß gegen den Oberst a. D. Hüger hat nach vierwöchentlicher Verhandlung vor der Dortmunder Strafkammer mit einer Freisprechung des Angeklagten geadet. Oberst Hüger war früher Kommandeur eines württembergischen Artillerie-Regiments, schied nach heftigen Konflikten mit untergebenen Offizieren und Vorgesetzten aus dem Dienst und wurde später vom Ehrengerichtshof zum Verlust der Uniform und Aberkennung des Offizierscharakters verurteilt. Er schrieb dann etliche Broschüren, in denen er heftige Anklagen gegen die Mitglieder des Ehrengerichtshof und verschiedener Militärgerichte erhob. Deswegen wurde er angeklagt. Die Verhandlung verlief sehr ungünstig für ihn, doch gab der Psychiater Dr. Murmann ein Gutachten ab, nach dem Oberst Hüger seit Jahren an einer als Dementia latente zu bezeichnenden Geisteskrankung leide. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erlaubte jedoch auf Freisprechung wegen Geisteskrankheit.

Im Interesse der Disziplin. Vor dem Kriegsgericht der 31. Division in Straßburg i. El. spielte sich eine Verhandlung ab, die das in der deutschen Armee herrschende System der Erhaltung der Disziplin wieder einmal in das rechte Licht rückt. Man höre, um welches Delikt es sich handelt: Beim Turken im Kaiserhof soll ein Gerat weggetragen werden, zu dessen Transport vier Mann, zwei vorn und zwei hinten, erforderlich sind. Ein Mann wird abgerufen; der an dem einen Ende zurückgebliebene Mann ist also allein und kann ohne Unterstützung die Last nicht tragen. Er deutet das zuerst an, nach zweimaligem Befehl seitens des Unteroffiziers erklärt er, die Arbeit allein nicht leisten zu können. Diese Szene sieht der dienstleitende Offizier, ruft den Soldaten zu sich und fragt ihn, wie er dazu käme, Widerrede zu führen. Darauf entgegnet der Gefragte, er habe zu seinen beiden Kameraden gesagt, es müßten noch andere zupacken. Nun verbot ihm der Oberleutnant den Mund, da er nicht gefragt (?) sei. Der Soldat machte nun ganz mit Recht die Bemerkung, er habe keine Widerrede geführt. Dieser einfache Vorgang, in dem der gesunde Menschenverstand nie und nimmer wegen Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung vor das Gericht. Wenn also ein Mann eine Arbeit nicht leisten kann, so ist das im Sinne der preussisch-deutschen Militärjustiz ein Beharren im Ungehorsam; und wenn er eine Anweisung verlegt, die durch Schweigen als zugegeben angesehen werden würde, ausdrücklich von sich weist, so ist das — Achtungsverletzung? Die Achtung, die der Untergebene seinem Vorgesetzten schuldig ist, besteht also darin, Anschuldigungen, die der Vorgesetzte auspricht, zuzugeben, eben weil sie von einem Vorgesetzten ausgesprochen werden. Fragen wir einmal im obigen Falle: was hätte eigentlich der Soldat tun sollen? Hätte er dem Oberleutnant keine Antwort gegeben, so wäre er auch bestraft worden. Aber beratige Erwägungen registrieren für ein schnelles deutsches Kriegsgericht nicht. Der Missetäter wurde zu der horrenden Strafe von sieben Wochen Gefängnis verurteilt! Der Ankläger hatte die doppelte Strafe beantragt. — „Im Interesse der Disziplin“ mußte dieses Urteil gefällt werden. So werden sich die militärischen Richter beruhigen, wenn sie vielleicht noch ein wenig die Empfindung haben sollten, daß das Urteil dem allgemeinen Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlägt. Die Disziplin muß ja erhalten bleiben, damit die Disziplinierten sich nicht scheuen, auf den Vater und die Mutter zu schießen! Aber auch diese Rechnung ist falsch!

Wenn man ein Graf ist. Wegen Beleidigung des Gendarmen-Oberwachmeisters Häcker stand am Freitag der Graf Konrad v. Frankenberg vor der zweiten Strafkammer des Berliner Landgerichts II. Am Vormittag

des 28. August v. J. hielt der Angeeschuldigte mit seinem Kurambot auf der Chaussee in der Nähe von Dahlwitz. Die Räder des Kraftwagens standen auf dem seltsamen Radfahrweg, so daß dieser verpörrt war. Als dies von dem Oberwachmeister Häcker bemerkt wurde, ersuchte dieser den Chauffeur Beckel, das Fahrzeug so zu dirigieren, daß der Radfahrweg frei blieb. Trotz dieser in höflichem Tone gehaltenen Aufforderung weigerte sich P. weiterzufahren. Der Beamte stellte zunächst die Personalien des P. fest. Danach trat Graf v. J. hinzu und soll den Gendarmen in erregtem Tone angeheißt haben: „Sie haben hier überhaupt kein Recht, das ist geradezu eine Unverschämtheit!“ Wegen dieser Aeußerung wurde von dem vorgelegten Behörde des Gendarmen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Drei Tage später richtete der Angeeschuldigte an den Geschäftsführer des „Kaiserlichen Automobilklubs“, Freiherren von Brandenstein, eine Besonderebeschriftung mit dem Namen des Ministers des Innern das Erforderliche veranlassen zu wollen. In diesem Schriftstück bezeichnete Graf J. das Vorgehen des Oberwachmeisters als einen „dreisten Übergriff“ und „einen frechen Mißbrauch der Amtsgewalt“. Von dem Minister des Innern wurde diese Beschriftung an den Landrat des Kreises Niederbarnim weitergegeben, der als Vorgesetzter des Oberwachmeisters wegen dieser neuen Beleidigung Strafantrag stellte. In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht bestritt der Angeeschuldigte, den Ausdruck „Unverschämtheit“ dem Wachmeister gegenüber gebraucht zu haben und nahm bezüglich des Schreibens an den Vorstand des Automobilklubs den Schutz des § 193 für sich in Anspruch. Das Schöffengericht nahm zwei Beleidigungen als vorliegend an und verurteilte den Angeeschuldigten zu 70 Mark Geldstrafe. Das von diesem angerufene Berufungsgericht nahm auf Grund der Beweisaufnahme an, daß der Angeeschuldigte den Ausdruck „Unverschämtheit“ zu dem Gendarmen-Wachmeister gebraucht, dazu aber keine Veranlassung gehabt habe. In dem Schreiben an den Präsidenten des Automobilklubs, von dem er nicht annehmen konnte, daß es an die vorgelegte Behörde weitergegeben werden würde, habe er aber nur die Tendenz verfolgt, die betreffenden Tatsachen als Material zu einer Beschwerde zu übermitteln, nicht aber, dem Beamten etwas am Ruge zu tun. In diesem Punkt erfolgte Freisprechung, im übrigen verurteilte der Gerichtshof den Angeeschuldigten, unter Aufhebung des ersten Urteils, zu 50 Mark Geldstrafe. — Der Graf ist also überaus günstig davongekommen. Wenn gewöhnliche Sterbliche und speziell Arbeiter wegen Beamtenbeleidigung vor Gericht stehen, so pflügt die Strafe meist häßlicher auszufallen.

Beleidigung des Königs Herodes. Die Preßprozesse gegen das polnische Blatt „Luch“, von denen wir schon berichteten, haben zum Teil einen etwas komischen Beleg gewahrt. In einer Aufforderung des „Luch“ an die Parochianen der Dreifaltigkeitgemeinde in Gnesen, deutsch-polnische Beichtzettel bei der Osterbeichte nicht anzunehmen, habe die Staatsanwaltschaft eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickt und deshalb gegen das Blatt ein Strafverfahren eingeleitet. Noch netter ist der Majestätsbeleidigungsprozeß. Die Polizeibehörde in Autowic hatte zwei Kinder als lästige Ausländer ausgewiesen. Der „Luch“ hatte diese Maßnahme kritisiert und der Behörde in Erinnerung gerufen, daß der alte ehrliche Herodes aus dem Neuen Testament ebenfalls gegen Kinder gekämpft habe und daß ihm das schlecht bekommen sei. In dieser Bemerkung hat die Staatsanwaltschaft das Delikt der — Majestätsbeleidigung erblickt.

Grauenvoller Selbstmord. In Pellerup bestieg kürzlich ein junger gutgekleideter Herr den Rathaussturm bis zum Steinaltar in einer Höhe von 215 Fuß, sprang von dort auf die Balustrade und stürzte sich mit einem furchtbaren Schrei in die Tiefe. Vom Dach des Hauptgebäudes fiel er schließlich als blutige Masse auf die Straße herab. Mehrere Frauen verloren bei diesem Anblick das Bewußtsein. Die Persönlichkeit des Selbstmörders ist noch nicht festgestellt.

„Woher ich von der Sache Kenntnis habe? Ganz einfach, ich habe es mit angehört.“
„Aber Sie waren ja drüben im andern Flügel?“
„Allerdings, aber Sie wissen ja, daß ich eine Heilsehlerin bin; genug davon — Sie sagten, der Ring sei Ihnen ein wertvolles Andenken — es liegt Ihnen viel daran, wieder in seinen Besitz zu gelangen?“
„Sehr viel.“
„So gestatten Sie mir, daß ich zum Danke für Ihre lebenswichtige Aufnahme Ihnen das verlorene Memob wieder bringe.“
„Sie wollen den Ring wieder herbeischaffen?“ fragten Agnes und der Professor zugleich.
„Herbeischaffen nicht, nur den Ort anzeigen, wo er sich befindet.“

Die Somnambule lehnte sich in ihrem Stuhle zurück, schloß die Augen und ließ ihre Hände schlaff herabsinken. Dr. Low winkte den Anwesenden, sich schweigend zu verhalten. Das würde ohnedies der Fall gewesen sein, sie befanden sich nämlich in fieberhafter Spannung, kein Laut störte die Grabesstille.

Wohl eine Minute verging so, als Miß Hyde die Augen wieder öffnete.
„Was, bitte komme her und hypnotisiere mich — meine Kräfte sind heute schon zu stark verbraucht — deshalb ist der Eindruck meines Willens nicht mehr mächtig genug.“

Alan Low trat dicht an sie heran, nahm erst ihre Hände einige Augenblicke in die seinen, sah ihr dann fest in die Augen, und führte magnetische Striche über ihre Stirn. Schon nach wenigen Sekunden wurden ihre Augen harter und harter, ihre Hände sanken unwillkürlich herab, ihre Lider schlossen sich, ihr Haupt fiel schwer auf ihre Brust.

So verharrete sie eine ganze Weile, bis plötzlich ihre Augen sich wieder öffneten, doch blieb ihr Blick fernab und leer, sie schien sich ihrer Umgebung nicht bewußt zu sein, sondern in die Ferne zu schauen. Bald begannen auch ihre Lippen zu vibrieren, und endlich pressten sich wie unwillkürlich und nachhängend vom Willen der Schlafersin Tone her. Alle horchten gespannt, die Stimme lang so dumpf

und verhalten, man konnte anfangs nichts verstehen, bald aber sprach die Seherin lauter und nun drangen deutlich folgende Worte an die Ohren der Zuhörer:

„Eablich, endlich, sehe ich ihn. Er ist schwer zu finden, weil er so klein ist. Was ist das für ein Ort, wo er liegt? Ah — eine Remise — darin steht ein Wagen, eine Equipage mit einem freierlichen Wappen. Auf dem Boden des Wagens ein buntes Teppich — ah, ich erkenne ihn, er liegt darunter, dicht in die Erde geschmiegt — es Ihre eigene Equipage, Frau Baronin. Ein schöner Ring, er blitzt wie Feuer.“

Katie rief einen tiefen Seufzer aus und schwieb, die Baronin und Agnes aber sahen sich bestürzt an.
„Also im Wagen hätte ich ihn verloren — mein Gott, daran gar nicht zu denken.“ rief Frau von Tillo, die für ihren Teil keinen Augenblick an der Wahrheit der Angabe zweifelte.

„Ich will sofort einen Diener in die Remise schicken und nachsehen lassen.“ sagte Agnes aufstehend.

„Ich nur, Kind, bis morgen früh, ich brauche den Ring heute noch nicht und es ist schon tief in der Nacht.“
„Nein, bitte, gnädige Frau, lassen Sie nachsehen.“ rief der Professor lebhaft. „Und noch mehr erlauben Sie mir, den Diener zu begleiten — wir haben alle das größte Interesse daran, zu erfahren, ob der Ring sich dort findet oder nicht.“

Ohne die Zustimmung der Baronin, deren er sowieso gewiß war, abzuwarten, eilte Professor Sinarath aus dem Salon, um sich die gewünschte Überzeugung zu verschaffen. Doktor William schloß sich ihm an und unter Führung eines Dieners begaben sich beide nach der Remise.

Dr. Low wendete indessen die Hypnotisierete auf, welche durchaus nicht zu wissen behauptete, was sie verkündigt hatte. Alan stellte es ihr mit und sah in gespannter Erwartung der Rückkunft der Boten entgegen.

Nach wenigen Minuten erfolgte diese.
Der Professor trat zuerst herein und hielt in der Hand den vermissten Ring.

„Wo wirklich?“ fragte Baron Stephan.
„Wirklich, Herr Baron — gnädige Frau, er lag in der Tat unter dem Teppich der Equipage, so in eine Ecke ge-

drängt, daß er nur einem aufmerksam forschenden Auge sich verriet.“

Die Baronin brühte Katie Hyde warm die Hand.
„Meinem Dank, Miß Hyde — nicht allein hierfür, sondern mehr noch für alles andere, was Sie an mir getan — ich gerate immer tiefer in Ihre Schuld.“

Katie zeigte salbungsvoll nach oben.
„Ich bin nur ein Werkzeug.“ sagte sie bescheiden.

„Ein Werkzeug des Herrn.“ rief Frau von Tillo in ehrfurchtsvollem Tone. „O Miß Hyde, ich verehere Sie wie eine Heilige, ich bewundere Sie, ich beneide Sie — es muß herrlich sein, so wie Sie arbeiten zu können für Wahrheit, Tugend und Gottheit!“

„Jeder vermag das nach seinen Kräften.“ erwidert Katie lakonisch.

Die Baronin flügte.
„Sie haben recht.“ ergab sie sich nach kurzem Nachdenken. „Wir sind alle mehr oder weniger faunselig und unachtsam — niemand sollte sich der Notwendigkeit, nach seinen Kräften für Gott und Himmel zu wirken, verschließen. Lange habe ich mit mir gekämpft, vergebens Frieden und Vernünftigung gesucht — Gott zeigt mir durch Sie und Dr. Low den Weg zum Frieden der Seele! Nehmen Sie die flehende Hand, die sich Ihnen entgegenstreckt — ich fühle, ich war eine große Sünderin, ich will sühnen und büßen, und mich selbst und alles was ich besitze, in den Dienst Ihrer großen Sache stellen. Wollen Sie mich als die Ihrige empfangen?“

Sie hatte dies mit sanfter, von heißer Zabrump durchglühter Stimme mehr gelispelt als gesprochen, nun bot sie der Adeptin zum zweitenmale die Hand, welche diese ergriffte und mit lebendigerem Gefühl, als sie sonst in ihrem Verkehr an den Tag legte, an ihr Herz presste. Das ehrgeizige Weib hatte endlich ihr Ziel erreicht, nach dem sie mit Dr. Low so lange gestrebt, die reiche Aristokratin war die ihrige mit Leib und Seele, bereit, mit ihrem Gelde und ihrem Ansehen ihre Pläne als willenloses Werkzeug in der Hand der fürderlich so hoch überlegenen Spiritistin zu führen und zu fördern. Durch ihre Brust wallte es freudig und ein Strahl bescheidener Stolz leuchtete aus ihrem Antlitz.

(Fortsetzung folgt.)